

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1950

133 (14.6.1950)

BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsstellen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstraße 36, Ruf Nr. 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25-41, Karlsruhe, Amalienstraße 69 Ruf 4023, Pforzheim, Westl. 77, Ruf 2396, Weinheim, Hauptstr. 85, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,65 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 1477, Stadt Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227, Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsstellen.

Jahrgang 5 / Nr. 133

Mittwoch, den 14. Juni 1950

Preis 15 Pfg.

Aus dem Inhalt:

Löst Euch vom Marshallplan!
Um Lohnerhöhung kämpfen
Weil Dr. Gereke die Wirtschaftseinheit will
Das Parlament des Friedens tagt
Der DFD antwortet Frau Dr. Strecker

Verteidigt den Frieden und die demokratischen Rechte!

Die Gehilfen der kriegstreiberischen Westmächte verhindern in Bonn die Abgabe der KPD-Erklärung zur Frage der Friedensgrenze an der Oder-Neiße — Unter Bruch parlamentarischen Rechts Max Reimann für 30 Sitzungstage ausgeschlossen

Bonn. (EB.) Die kommunistische Fraktion des Bundestages zu der chauvinistischen Erklärung nicht zu Wort kommen zu lassen, die Paul Loebe im Auftrag aller Fraktionen und Gruppen von Dori bis Schumacher, des Kabinetts und des Bundesrates gegen die Anerkennung der Friedensgrenze zwischen Polen und Deutschland abgab, war ein vorher abgekartetes Spiel. In einer interfraktionellen Besprechung, die am Montag, ohne die KPD-Fraktion zu benachrichtigen, stattfand, wurde der Plan festgelegt, eine Aussprache unter allen Umständen zu verhindern. Damit wird auch die Erklärung, die Dr. Köhler am Montagabend Heinz Renner gegenüber abgab, bestätigt, daß eine Aussprache unter keinen Umständen stattfinden werde.

Furcht vor Max Reimanns Erklärung
Schon zu Beginn der Dienstag-Sitzung des Bundestages war Kriminalpolizei im Sitzungssaal postiert. Filmoperatoren und Rundfunksprecher wurden der Zutritt zum Sitzungssaal verweigert. Bereits während Loebe die kriegsheterische Erklärung der Bundestagsmehrheit vorlas, meldete sich Reimann zu Wort. Die Schriftführerin, Frau Albers, nahm die Erklärung entgegen, während Dr. Köhler mit großer Geste abwinkte. Als Max Reimann zur Rednertribüne schritt, erteilte Dr. Köhler dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Dr. von Brentano das Wort zur Geschäftsordnung, obwohl sich dieser erst nach Max Reimann zum Wort gemeldet hatte. Als Reimann auf seine Wortmeldung bestand, weigerte sich Dr. Köhler entschieden, ihn sprechen zu lassen. Reimann bestand jedoch darauf zu sprechen und blieb am Rednerpult stehen. Daraufhin schloß Dr. Köhler die öffentliche Sitzung. Reimann blieb am Rednerpult um seine Erklärung abgeben zu können.

Max Reimann für 30 Sitzungstage ausgeschlossen
Nachdem Dr. Köhler mit einigen bürgerlichen und sozialdemokratischen Abgeord-

neten seine weitere Taktik abgesprochen hatte, kehrte er nach wenigen Minuten zum Präsidentenstuhl zurück und eröffnete die Sitzung erneut. Er verweigerte Max Reimann wieder das Wort und schloß diesen, als er das Rednerpult nicht verließ, auf 30 Tage von den Sitzungen aus. Dr. Köhler

drohte im Anschluß daran dem Abgeordneten Reimann an, daß er, wenn Reimann nicht freiwillig den Saal verließ, die Polizei einsetzen würde. Er forderte die Abgeordneten, die Kabinettsmitglieder, den Bundesrat und die Tribünenbesucher, einschließlich der Presse auf, den Saal zu verlassen. Die Pressevertreter blieben jedoch demonstrativ auf ihren Plätzen. Daraufhin schaltete sich der sozialdemokratische Vizepräsident Carlo Schmid ein und forderte seinerseits die Presse auf die Tribüne zu verlassen. Der Vorsitzende der Bundespressekonferenz erklärte demgegenüber: „Die Pressevertreter bleiben auf meine Anweisung auf ihren Plätzen. Hier handelt es sich um einen Vorgang von öffentlichem In-

teresse. Eine Räumung der Presstribüne kommt unter keinen Umständen in Frage.“ Die Gehilfen Dr. Köhlers beauftragte er: „Machen Sie dem Präsidenten von dieser meiner Erklärung Mitteilung.“ Einige der Abgeordneten drohten daraufhin, sie würden dafür sorgen, daß den Journalisten ihre Pressekarten entzogen würden.

KPD-Fraktion wehrt erfolgreich tätliche Angriffe der Kripo auf Reimann ab
Um die „Demokratie“ zu schonen, wurden die großen Verdunklungsvorhänge zugezogen. Gleichzeitig griff die Kripo, unter dem direkten Kommando von Dr. Köhler ein, um zu versuchen, Reimann mit Gewalt vom Rednerpult zu entfernen. In diesem Mo-

ment umringte die gesamte Fraktion schützend ihren Vorsitzenden. Durch ihr entschlossenes Auftreten gelang es der Polizei nicht, Hand an Reimann zu legen. Einige Beamte, die die Nerven verloren hatten, mußten erfahren, daß die Abgeordneten der KPD-Fraktion in der Lage sind, tätliche Angriffe abzuwehren. Auf die energische Forderung unserer Fraktion: „Polizei raus!“, rückte diese schließlich ab und Reimann konnte unter dem Geleit der Fraktion ungehindert den Saal verlassen.

Vergewaltigung der Rechte der Volksvertreter durch Dr. Köhler
Das Verhalten des Bundespräsidenten und der Mehrheit der Abgeordneten spricht allen Regeln der Demokratie und des Parlamentarismus Hohn. Die Verweigerung des Wortes widerspricht allen demokratischen Grundregeln und der eigenen Geschäftsordnung des Bundestages. Daß Dr. Köhler nach seinem rechtswidrigen Vorgehen, Reimann noch auf 30 Tage aus eigener Machtvollkommenheit von den Sitzungen ausschloß, ohne wie sonst üblich, den Aeltestenrat zu Rate zu ziehen, ist eine freche Vergewaltigung der Rechte eines Abgeordneten. Deutlicher hätten sich die heuchlerischen Apostel der „Freiheit der Persönlichkeit“ und der „Freien Meinungsäußerung“ nicht entlarven können. Der Gipfel des ganzen Vorgangs war, daß Dr. Köhler die Polizei einsetzte, um Reimann an der Ausübung seiner Rechte als gewählter Abgeordneter gewaltsam zu hindern.

Sie handeln so, um die amerikanischen Kriegspläne voranzutreiben
Die Vorfälle heute im Bundestag sind ein Ausdruck dafür, wie die Einbeziehung Westdeutschlands in die Kriegspläne des amerikanischen Imperialismus begleitet werden von Abbau der noch vorhandenen demokratischen Rechte in Westdeutschland. Für die rechten sozialdemokratischen Führer ist charakteristisch, daß sie bei diesem Verstoß gegen die Rechte eines Abgeordneten und die demokratischen Freiheiten, die reaktionären Parteien von der neofaschistischen DP bis zur CDU vorbehaltlos unterstützen.

Volksfront gegen faschistische Methoden der Abtragung der USA-Kriegsorganisationsrat tut not!
Die Fraktion der KPD im Bundestag wendet sich an die ganze westdeutsche Bevölkerung und vor allem an die Mitglieder und Anhänger der sozialdemokratischen Partei mit der Aufforderung, zusammen mit den Kommunisten die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes zu verteidigen und Anschläge der Reaktion, die sich nicht scheut, bei ihren Kriegsvorbereitungen wieder faschistische Methoden anzuwenden, geschlossen abzuwehren. Die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten unseres Volkes ist ein unlöslicher Bestandteil unseres Kampfes um die Erhaltung des Weltfriedens.

Das Parlament des Friedens tagt
Eröffnungssitzung des Obersten Sowjets der UdSSR
Moskau. (EB.) Der Oberste Sowjet der UdSSR der dritten Legislaturperiode trat am 12. Juni zu seiner ersten Tagung zusammen. An den Wahlen des obersten gesetzgebenden Organs der UdSSR am 12. März 1950 beteiligten sich mehr als 111 Millionen Menschen, 99,98 Prozent aller Wahlberechtigten. 99,73 Prozent der Wähler stimmten für die Kandidaten des Blocks der Kommunisten und Parteilozen. Die Wahlen bewiesen, daß das ganze Volk die Außen- und Innenpolitik der Partei der Bolschewiki und der Sowjetregierung billigte.

Der Oberste Sowjet der UdSSR, der den Willen des gesamten Volkes zum Ausdruck bringt, besteht aus zwei Kammern, aus dem Unions- und dem Nationalitäten-Sowjet. Jeder Deputierte des Unions-Sowjets ist Vertreter eines Wahlkreises, der 300 000 Personen umfaßt. In den Nationalitäten-Sowjets wählt jede der 16 Unionsrepubliken der UdSSR, unabhängig von der Bevölkerungszahl, 25 Deputierte. In dieser Kammer sind auch die Autonomen Republiken, Autonomen Gebiete und Nationalen Kreise vertreten. Die Deputierten beider Kammern werden vom Volk in allgemeiner, direkter, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Beide Kammern sind gleichberechtigt und entscheiden die wichtigsten Fragen sowohl in gemeinsamen als auch in getrennten Sitzungen. Die Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR sind wirkliche Volksvertreter, die besten Vertreter der Arbeiter-

klasse, der Kollektivbauern und der Intelligenz. Unter den Deputierten gibt es mehr Frauen als in allen Parlamenten der kapitalistischen Länder zusammengenommen.
Der Oberste Sowjet der UdSSR tritt zu einem Zeitpunkt zusammen, da der Aufbau in der Sowjetunion ungeheure Erfolge aufzuweisen hat. In der UdSSR wurden nicht nur die schweren Kriegswunden geheilt, sondern es gelang bereits im Jahre 1949, das Vorkriegsniveau der industriellen Produktion um 50 Prozent zu überschreiten. In der Sowjetunion wurden im Verlauf von 2 1/2 Jahren die Verbraucherpreise schon zum drittenmal gesenkt. Die Sowjetbevölkerung verfügt über ein Einkommen, dessen Kaufkraft sich verdoppelt hat. Auf seiner Tagung wird der Oberste Sowjet die Arbeitsergebnisse des Volkes zusammenfassen, des Volkes, welches das größte Interesse am Frieden hat, um seine grandiosen Aufgaben beim Aufbau des Kommunismus zu erfüllen.

Streikwelle in Japan
Tokio. (EB.) Die Hafenarbeiter auf der Insel Kjuschi sind am Montag in einen 24-stündigen Ausstand getreten. Auf Beschluß ihrer Gewerkschaft werden die Bergarbeiter von Mito am Dienstagvormittag einen zweitägigen Streik durchführen. Die Arbeiter der Tokioter Elektrizitätsgesellschaft Schibara werden am Dienstag für eine Stunde die Arbeit niederlegen. Die Streikenden fordern höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Sozialdemokratische Partei gegen Verbot der KPJ
Tokio. Infolge der anti-amerikanischen Stimmung der japanischen Bevölkerung wirdersetz sich die Führung der Sozialdemokratischen Partei Japans den Maßnahmen, die die japanische Regierung auf Befehl MacArthurs gegen die Kommunistische Partei ergriffen hat.

Erklärung der KPD-Fraktion zum deutsch-polnischen Abkommen
Max Reimann konnte sie in Bonn nicht abgeben, weil er von Dr. Köhler daran gehindert wurde
litik der Ausrottung der polnischen Bevölkerung. Die Oder-Neiße-Linie wurde von den Staatsmännern und führenden Großmächten gemeinsam auf den Konferenzen in Jalta und Potsdam festgelegt. Demzufolge wurde auch von den Großmächten die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus diesen Gebieten auf der Potsdamer Konferenz beschlossen. Am 27. Oktober 1944 erklärte der ehemalige Premierminister Churchill in einer Rede im britischen Unterhaus wörtlich: „Es steht den Polen frei, ihr Gebiet auf Kosten Deutschlands nach Westen aus-

zudehnen. Dabei müßten die Ausweisungen — denn das ist es, was vorgeschlagen wurde — sämtlicher Deutschen auf den an Polen fallenden Gebieten im Westen und Norden vorgenommen werden. Wenn eine Ausweisung ist — soweit wir sehen konnten — die Methode, die am zufriedenstellendsten und ausdauerndsten sein wird. Es wird reiner Tisch gemacht werden. Ich fühle mich nicht alarmiert durch die Aussicht einer Loslösung von Bevölkerung, auch nicht einmal durch diese großen Transferierungen, die unter modernen Verhältnissen eher möglich sind, als sie es jemals waren.“

Der faschistische polnische General Anders, berichtet in seinen Kriegserinnerungen in „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 24. Februar 1949 den folgenden bemerkenswerten Ausspruch Churchills: „Sie würden im Westen viel wertvollere Gebiete erhalten als die Pripet-Sümpfe. Die Oder wird ihre Grenzen im Westen sein, und was die Meeresküste anbelangt, so sind doch so viele bessere und weitere Möglichkeiten für Polen gegeben als heute mit dem Korridor. Alle Deutschen, Frauen und Kinder nicht ausgenommen, werden nach Deutschland geschafft. Es gibt Leute, die behaupten, daß diese ausgewiesenen Deutschen in dem verkleinerten Deutschland keinen Platz finden werden, ich aber stelle fest, daß schon sechs Millionen Deutsche tot sind und eine sehr große Zahl

Britische Verstärkung in Malaya
Hongkong. 900 britische Soldaten wurden am Sonntag von Hongkong nach Singapur eingeschifft, um die britischen Kolonialtruppen im Kampf gegen die malaische Volksbefreiungsarmee zu verstärken.

Kein Einspruch gegen Kolonialjustiz
Washington. Die im Ausland von amerikanischen Behörden inhaftierten Ausländer

Verberecherisches Treiben mit Kriegsgefangenenzahlen
„Pfarrer Merten sagte, nach der Kriegsgefangenenregistrierung vom März dieses Jahres befänden sich noch 69 000 Deutsche in Kriegsgefangenschaft, von denen der größte Teil in der Sowjetunion sei.“ (Frankfurter Rundschau vom 9. Juni 1950.)
An demselben 9. Juni aber liest man noch in einem Artikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ... daß die berüchtigte TASS-Meldung in die Welt ging, die das Schicksal hunderttausender deutscher Kriegsgefangener in einen düsteren Nebel des Schreckens und — so weiter usw.“
In seiner Regierungserklärung erklärte Bundeskanzler Adenauer am Dienstag, dem 20. September 1949: „In Rußland werden

„Noch über 500 000 Kriegsgefangene“. („Die Welt“ 13. Dezember 1949.)
„400 000 Kriegsgefangene geheim zurückgehalten“. (HICOG in „Die Neue Zeitung“ 18. Januar 1950.)
„Das bedeutet also, daß mindestens eine halbe Million Kriegsgefangener heute noch in Rußland verbleiben“. (Hans Stephan, Leiter der SPD-Kriegsgefangenen-Hilfe, 20. Januar 1950.)
„Kriegs- und Strafgefangene 69 000“. („Die Neue Zeitung“, 29. März 1950.)
„Noch etwa 2 Millionen Deutsche zurückgehalten oder vermißt“. („Frankfurter Rundschau“ 30. März 1950.)
„Noch etwa 2 Millionen Deutsche vermißt oder in Gefangenschaft“. („Die Welt“ 30. März 1950.)
... noch 69 000 Deutsche in Kriegsgefangenschaft ... (Pfarrer Merten, nach „Frankfurter Rundschau“ vom 9. Juni 1950, wie eingangs schon berichtet.)
Genug des Schwindels mit den Kriegsgefangenenzahlen! Die Sowjetunion hat die deutschen Kriegsgefangenen heimgeschickt.

Manteuffel zum Teufel gejagt
Düsseldorf. (EB.) Die von der FDP seit Tagen groß angekündigte „Versammlung der Frontgeneration“, für die als Redner der ehemalige General Hasso von Manteuffel vorgesehen war, mußte schon wenige Minuten nach ihrer Eröffnung von der

Hauptaufgabe: Förderung der Unterschriftensammlung

Pariser Gewerkschaften fordern Verbot der Atomwaffe

Paris. (EB.) Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften bestehe gegenwärtig in der Förderung der Unterschriftensammlung für das Verbot der Atomwaffen, erklärte der Generalsekretär des Pariser Landesverbandes des Französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT), auf dem Kongreß der Gewerkschaften der Pariser Bezirke. Er fordert die Gewerkschafter auf, nicht zu ruhen, bis jeder Pariser Arbeiter den Stockholmer Appell des Ständigen Ausschusses des Weltfriedenskongresses unterzeichnet hat.

Und in Jordanien
Tripolis. Große Friedensdemonstrationen wurden in Beirut und Tripolis von den örtlichen Ausschüssen zur Verteidigung des Friedens organisiert. Die Demonstranten trugen Spruchbänder mit der Aufschrift: „Sichert das Leben unserer Kinder durch die Festigung des Weltfriedens.“ „Wir fordern das Verbot der Atombombe“. Die Kundgebungsteilnehmer forderten ferner das Verbot der Kinderarbeit.

Kirchensynode gegen Trumans Kriegspolitik
New York. Vor 700 000 Leuten hat die Synode der Evangelischen Reformatorischen Kirche in den USA in Fairmont (Minnesota) eine Entschließung angenommen, in der Truman und das Außenministerium aufgefordert werden, unverzüglich mit der Sowjetunion Verhandlungen zur Beseitigung der Gegensätze zwischen Ost und West und zur Beseitigung des kalten Krieges aufzunehmen. In der Entschließung werden „die ungeheuren Kriegsausgaben, zu denen sich die Regierung verpflichtet hat“, kritisiert

Explosion an Bord eines britischen U-Bootes
London. (dpa.) Die britische Admiralität gibt bekannt, daß es am Montag an Bord des britischen U-Bootes „Frenchant“ zu einer Explosion gekommen ist.

Französisches Verkehrsflugzeug verunglückt
Bahrain. (dpa.) Ein Verkehrsflugzeug der französischen Luftfahrtgesellschaft Air France, das sich auf dem Fluge von Saigon nach Paris befand, mußte am Dienstagmorgen auf dem Persischen Golf notwassern. Obwohl sofort Fischerboote und Rettungskommandos zur Bergung der 42 Passagiere und acht Besatzungsangehörigen zur Stelle waren, wird befürchtet, daß 44 Insassen des Flugzeuges ums Leben gekommen sind. (Nach Reuter und afp.)

Fleischvergiftung verursacht Epidemie
Weiden. (dpa.) In der letzten Sitzung des Bärnauer Stadtrats betonte der Leiter des Gesundheitsamtes Tirschenreuth, daß nach den amtlichen Gutachten die fälschlich als Paratyphus angesprochene Massenerkrankungen in und um Bärnau von dem Genuß von Fleisch einer notgeschlachteten Kuh herrührten. Die Erkrankungen seien ausschließlich Fleischvergiftungen. In Bärnau sei neben dem schlechten Fleisch sogar die ungeliebte Leber übernommen und weiter verkauft worden.

Figaro aus Dresden deutscher Meisterfriseur
Hannover. (dpa.) Nach einem zweitägigen Wettbewerb, in dem die Elite der deutschen Haarkünstler eine regelrechte „Schlacht“ der Kämme, Bürsten und Brennscheren schlug, wurde der Friseurmeister Karl Degenhardt aus Dresden in der Niedersachsenhalle in Hannover zum deutschen Meister 1950 erklärt.

Schweizer Frauen noch immer nicht im Besitz des Stimmrechts
Bern. (dpa.) In der ganzen Schweiz fanden am Sonntag Kundgebungen für die Einführung des Frauenstimmrechts statt. In allen Städten wiesen Plakate darauf hin, daß die Schweizer Frauen noch immer nicht im Besitz der parlamentarischen Grundrechte sind. Die eidgenössischen Frauenverbände hatten den 11. Juni zum „Tag des Frauenstimmrechts“ proklamiert.

Im Streiflicht gesehen

Explosion an Bord eines britischen U-Bootes
London. (dpa.) Die britische Admiralität gibt bekannt, daß es am Montag an Bord des britischen U-Bootes „Frenchant“ zu einer Explosion gekommen ist.

Französisches Verkehrsflugzeug verunglückt
Bahrain. (dpa.) Ein Verkehrsflugzeug der französischen Luftfahrtgesellschaft Air France, das sich auf dem Fluge von Saigon nach Paris befand, mußte am Dienstagmorgen auf dem Persischen Golf notwassern. Obwohl sofort Fischerboote und Rettungskommandos zur Bergung der 42 Passagiere und acht Besatzungsangehörigen zur Stelle waren, wird befürchtet, daß 44 Insassen des Flugzeuges ums Leben gekommen sind. (Nach Reuter und afp.)

Fleischvergiftung verursacht Epidemie
Weiden. (dpa.) In der letzten Sitzung des Bärnauer Stadtrats betonte der Leiter des Gesundheitsamtes Tirschenreuth, daß nach den amtlichen Gutachten die fälschlich als Paratyphus angesprochene Massenerkrankungen in und um Bärnau von dem Genuß von Fleisch einer notgeschlachteten Kuh herrührten. Die Erkrankungen seien ausschließlich Fleischvergiftungen. In Bärnau sei neben dem schlechten Fleisch sogar die ungeliebte Leber übernommen und weiter verkauft worden.

Figaro aus Dresden deutscher Meisterfriseur
Hannover. (dpa.) Nach einem zweitägigen Wettbewerb, in dem die Elite der deutschen Haarkünstler eine regelrechte „Schlacht“ der Kämme, Bürsten und Brennscheren schlug, wurde der Friseurmeister Karl Degenhardt aus Dresden in der Niedersachsenhalle in Hannover zum deutschen Meister 1950 erklärt.

Schweizer Frauen noch immer nicht im Besitz des Stimmrechts
Bern. (dpa.) In der ganzen Schweiz fanden am Sonntag Kundgebungen für die Einführung des Frauenstimmrechts statt. In allen Städten wiesen Plakate darauf hin, daß die Schweizer Frauen noch immer nicht im Besitz der parlamentarischen Grundrechte sind. Die eidgenössischen Frauenverbände hatten den 11. Juni zum „Tag des Frauenstimmrechts“ proklamiert.

Explosion an Bord eines britischen U-Bootes
London. (dpa.) Die britische Admiralität gibt bekannt, daß es am Montag an Bord des britischen U-Bootes „Frenchant“ zu einer Explosion gekommen ist.

Französisches Verkehrsflugzeug verunglückt
Bahrain. (dpa.) Ein Verkehrsflugzeug der französischen Luftfahrtgesellschaft Air France, das sich auf dem Fluge von Saigon nach Paris befand, mußte am Dienstagmorgen auf dem Persischen Golf notwassern. Obwohl sofort Fischerboote und Rettungskommandos zur Bergung der 42 Passagiere und acht Besatzungsangehörigen zur Stelle waren, wird befürchtet, daß 44 Insassen des Flugzeuges ums Leben gekommen sind. (Nach Reuter und afp.)

Fleischvergiftung verursacht Epidemie
Weiden. (dpa.) In der letzten Sitzung des Bärnauer Stadtrats betonte der Leiter des Gesundheitsamtes Tirschenreuth, daß nach den amtlichen Gutachten die fälschlich als Paratyphus angesprochene Massenerkrankungen in und um Bärnau von dem Genuß von Fleisch einer notgeschlachteten Kuh herrührten. Die Erkrankungen seien ausschließlich Fleischvergiftungen. In Bärnau sei neben dem schlechten Fleisch sogar die ungeliebte Leber übernommen und weiter verkauft worden.

Figaro aus Dresden deutscher Meisterfriseur
Hannover. (dpa.) Nach einem zweitägigen Wettbewerb, in dem die Elite der deutschen Haarkünstler eine regelrechte „Schlacht“ der Kämme, Bürsten und Brennscheren schlug, wurde der Friseurmeister Karl Degenhardt aus Dresden in der Niedersachsenhalle in Hannover zum deutschen Meister 1950 erklärt.

Schweizer Frauen noch immer nicht im Besitz des Stimmrechts
Bern. (dpa.) In der ganzen Schweiz fanden am Sonntag Kundgebungen für die Einführung des Frauenstimmrechts statt. In allen Städten wiesen Plakate darauf hin, daß die Schweizer Frauen noch immer nicht im Besitz der parlamentarischen Grundrechte sind. Die eidgenössischen Frauenverbände hatten den 11. Juni zum „Tag des Frauenstimmrechts“ proklamiert.

Um Lohnerhöhung kämpfen

Vom 1. Juli an wird die Subventionierung von landwirtschaftlichen und industriellen Produkten eingestellt, kündigte der Finanzminister der Adenauer-Regierung an. Das wird zur Folge haben, daß die Preise für Brot, Nahrungsmittel und andere Lebensmittel steigen — für die westdeutschen Werktätigen also eine erneute Verschlechterung der Lebenshaltung, eine Herabsetzung des schon jetzt zu niedrigen Reallohns.

Viele westdeutsche Arbeiter und Angestellte stehen mitten im Kampf um die Erhöhung ihrer Löhne. Die angekündigte Preissteigerung aber verschlechtert wiederum die wirtschaftliche Lage der Werktätigen. Von der Führung des DGB muß daher erwartet werden, daß sie ihre schon oft gegebenen Versprechen wahr macht und auf breiter Basis die bestehenden Tarifverträge kündigt.

Die Arbeiterschaft kann überall, wo Lohnkämpfe durchgeführt werden, auch Erfolge nachweisen. So konnten z. B. in den letzten Tagen die 6000 Metallarbeiter der Max-Luitpold-Hütte in Sulzbach-Rosenheim durch Streikankündigung eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 5 Prozent erreichen. Auch die Bauarbeiter in Saarbrücken erkämpften sich eine Lohnzulage von 12 Prozent für Bauarbeiter, Poliere und Schichtmeister und 8 Prozent für kaufmännische und technische Angestellte.

Aber auch an vielen anderen Orten in Westdeutschland sind die westdeutschen Arbeiter und Angestellten bereit, für ihre Lohnforderungen zu kämpfen. Im Hasperhütten-Werk haben jetzt die Drahtwalzer geschlossen die Arbeit niedergelegt, um ihre Forderung auf 10prozentige Lohnerhöhung durchzusetzen. Die Belegschaft der Abteilung Schleuderbau bei den Eisenwerken AG. in Gelsenkirchen fordert in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Kündigung des Lohnabkommens und die Ausarbeitung eines neuen Rahmentarifvertrages. Auf der letzten Versammlung der Betriebsräte und Vertreter der Industriegewerkschaft Metall in Hagen erklärte der erste Bevollmächtigte IG Metall, Kollege Harig: es sei an der Zeit, den bestehenden Tarifvertrag zu kündigen und einen neuen abzuschließen, weil die Unternehmer sich heute scheinheilig auf den Tarifvertrag berufen, um damit ihre Lohndrückerei zu rechtfertigen.

Aber auch die Angestellten wollen den gewerkschaftlichen Kampf, um eine Gehaltserhöhung zu erreichen. Die am 2. Juni 1950 im Gewerkschaftshaus in Kiel versammelten Angestellten-Delegierten der Industriegewerkschaft Metall und der DAG erklärten sich bereit, gegebenenfalls auch das letzte Mittel anzuwenden, um zu einer Gehaltserhöhung zu kommen. Und die DAG in Hamburg teilt mit, daß die Angestellten den Tarifvertrag für das private Versicherungsgewerbe zum 30. Juni gekündigt haben. Sie fordern eine Gehaltserhöhung um 15 Prozent. Auch die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes führen gegenwärtig den Kampf um höhere Löhne und Gehälter.

Die reaktionären Unternehmerorganisationen aber verweigern den Arbeitern und Angestellten die notwendig gewordene Lohnerhöhung, angeblich um die „Erhaltung“ der westdeutschen Wirtschaft nicht zu gefährden, in Wahrheit aber um ihren Profit zu sichern. Die Notlage der Werktätigen müssen sie selber zugeben. So schreibt z. B. das schwerindustrielle Blatt, der „Industriekurier“, vom 18. Mai 1950: „Es kann nicht geleugnet werden, daß der Reallohn der Arbeitnehmer im ganzen gesehen, im Vergleich zum letzten Vorkriegsjahr abgesunken ist.“

Die Werktätigen führen den Kampf gegen die doppelte Ausbeutung durch die in- und ausländischen Monopolisten, wobei der Kampf um die Erhöhung der Löhne im Vordergrund steht. Die Unternehmer wollen diesem Kampf ausweichen. Deshalb ihre Arbeitsgemeinschaftspolitik, mit deren Hilfe sie die Führung des DGB veranlassen wollen, von Lohnkämpfen Abstand zu nehmen. Sie verlassen sich dabei auf die marshallplanhörige Gesinnung der rechten Gewerkschaftsführer. Das Blatt der Industriellen, „Der Volkswirt“ vom 2. Juni 1950 schreibt: „Solange kein Beschluß des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes vorliegt, besteht kein Grund, die gewerkschaftliche Absicht zu einem Lohnkampf anzunehmen.“ Sie rechnen weiter mit ihrer „Reservearmee“, dem Heer der Arbeitslosen, die zu Lohndrückern gemacht werden sollen. „Der Volkswirt“ schreibt dazu: „Zeiten der Arbeitslosigkeit sind wenig

Erklärung Max Reimanns in Bonn

(Fortsetzung von Seite 1)

von ihnen nach das Leben lassen wird. So werden also keine Schwierigkeiten erwachsen.“

Der amerikanische Präsident Truman erklärte in einer Rundfunksprache an das amerikanische Volk vom 9. August 1945 folgendes: „Das Territorium, das Polen verwaltet soll, wird Polen befähigen, seine Bevölkerung besser zu erhalten. Es wird Polen mit einer kürzeren und leichter zu verteidigenden Grenze mit Deutschland versehen. Von Polen besiedelt, wird es eine einheitliche Nation schaffen.“

Auf Oder-Neiße-Linie haben sich die anglo-amerikanischen Staatsmänner festgelegt. Diese drei Aussprüche führender britischer und amerikanischer Staatsmänner

könnten durch zahlreiche Erklärungen, derselben oder anderer Staatsmänner dieser Länder ergänzt werden, aus denen hervorgeht, daß die Oder-Neiße-Linie als Grenze zwischen Polen und Deutschland von den Großmächten festgelegt wurde.

Das ist auch die einzige Begründung der Aussiedelung der deutschen Bevölkerung und der Besiedelung dieser Gebiete durch die polnische Bevölkerung.

Warum darf man heute in Bonn unter fremdem Protektorat die Hetze gegen die Friedensgrenze betreiben?

Die Staatsmänner der imperialistischen Großmächte, vor allem Churchill, traten für die Oder-Neiße-Grenze ein, weil sie in Polen einen starken Vasallen ihrer imperia-

listischen Politik wünschten. Die innerpolitischen Entwicklungen sind in Polen jedoch anders verlaufen, als die anglo-amerikanischen Imperialisten es erhofften. Das polnische Volk hat das imperialistische Joch abgeworfen, ein freies volkdemokratisches Polen geschaffen und befindet sich heute auf dem Wege zum Sozialismus. Bei einem Polen unter der Führung des Großgrundbesitzers Mikolajczyk, würden die Hohen Kommissare den westdeutschen Politikern nicht gestatten, gegen die Oder-Neiße-Grenze zu hetzen. Die westdeutschen Politiker würden nicht wagen, gegen die Oder-Neiße-Grenze aufzutreten. Sie würden genau so, wie sie heute mit ihrer Bereitschaft zum Eintritt in die Europa-Union, die An-

nexion des Saargebietes durch den französischen Imperialismus anerkennen, auch die Oder-Neiße-Grenze gutheißen.

Westdeutschland Operationsfeld der Kriegstreiber

Die Imperialisten beabsichtigen einen neuen Krieg gegen dieses volkdemokratische Polen, gegen die Sowjetunion und die volkdemokratischen Länder herbeizuführen. Westdeutschland soll ihnen dazu als Operationsbasis und die westdeutsche Jugend als Kanonenfutter dienen. Die Hetze gegen die Oder-Neiße-Grenze hat zum Ziel, in der westdeutschen Bevölkerung eine Kriegsstimmung gegen das polnische Volk zu schaffen.

Volksfeindliche und antinationale Politik in Bonn

Ein neuer Krieg aber würde noch größeren Leid über unser Volk heraufbeschwören, als der zweite Weltkrieg. Er würde die Vernichtung der Existenz unseres Volkes bedeuten. Die westdeutschen Politiker treiben mit ihrer Hetze gegen die Oder-Neiße-Grenze eine volksfeindliche und antinationale Politik.

Gewissenlosigkeit gegenüber den Umsiedlern

Obwohl sie wissen, daß der Versuch einer Revision der Oder-Neiße-Grenze Krieg bedeutet, versprechen sie den Umsiedlern die Möglichkeit der Rückkehr in das Gebiet östlich der Oder-Neiße, um ihnen hier in Westdeutschland die Bürgerrechte, das Recht auf Existenz und Wohnung vorzuenthalten. Durch diese gewissenlose Politik soll ein Bevölkerungsteil existenz- und rechtlos gehalten, soll ihnen das Recht auf eine neue Wohnung verweigert werden, um aus ihnen den Sturmblock für neofaschistische und militaristische Verbände zu bilden. Die Interessen des deutschen Volkes erfordern eine Politik des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern. Sie erfordern vor allem die Herstellung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu denjenigen Völkern, die in der Vergangenheit wiederholt Opfer des deutschen Imperialismus und preußischen Militarismus waren. Dazu gehört in erster Linie das polnische Volk. Aus all diesen Gründen hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze zwischen Deutschland und Polen anerkannt und dadurch garantiert, daß nie mehr das Blut der deutschen und polnischen Jugend in einem Krieg zwischen diesen beiden Völkern vergossen wird.

Deutsch-polnisches Abkommen Grundlage friedlicher Entwicklung

Die Regierung der DDR hat damit auch die Grundlage für die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen und darüber hinaus, mit den gewaltigen Wirtschaftsgebieten geschaffen, die bis zum Stillen Ozean reichen und in denen 800 Millionen Menschen leben. Nur dadurch werden dem deutschen Volke die Existenzgrundlagen gesichert.

Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze durch die Regierung der DDR entspricht den Lebensinteressen des deutschen Volkes und ist darum eine wahrhaft nationale Tat und ein internationaler Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens. Sie schafft die Grundlage zu Frieden und Völkerverständigung und damit zum Glück und Wohlstand für unser Volk.

Löst Euch vom Marshallplan

Aufforderung des stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Walter Ulbricht, an Bonn

Berlin. (Nach dpa) Walter Ulbricht, der stellv. Ministerpräsident der DDR, empfahl dem Bonner Kabinett, aus dem Kreis der Marshallplanländer auszuschneiden. Dies würde sofort eine fühlbare Erleichterung für die Bevölkerung Westdeutschlands mit sich bringen.

Walter Ulbricht sagte bei der Einweihung des Deutschen Wirtschaftsinstituts im Berliner Ostsektor, daß das Bonner Kabinett mit seinen jetzigen Wirtschaftspartnern ohnehin niemals das notwendige Exportvolumen von 25 Milliarden Mark erreichen werde. Wenn aber die Beschränkungen im innerdeutschen Handel sowie im Handel Westdeutschlands mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien fortfallen, kann Westdeutschland ohne einen Cent der Marshallplanländer alle benötigten Waren beziehen.

Walter Ulbricht erklärte im Namen der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik: „Wir stellen bei unseren Bemühungen, die gesamtdeutsche Einigung herbeizuführen, nicht die Frage

nach der Weltanschauung und der künftigen inneren Ordnung Deutschlands, sondern fordern den Frieden und die Verhinderung des Versuchs, Westdeutschland zur imperialistischen Kriegsbasis zu machen.“

Der Friede ist unteilbar

Gesamtdeutscher Rat der VVN tagte in Koblenz

Koblenz. (EB.) Der gesamtdeutsche Rat der VVN, der am 10. und 11. Juni in Koblenz seine 17. Tagung durchführte, beschäftigte sich hauptsächlich mit den Fragen der Verteidigung des Friedens.

In einer Entschließung, die der gesamtdeutsche Rat der VVN am Schluß seiner Tagung annahm, wird es als Aufgabe der

VVN bezeichnet, das ganze System der Kriegsvorbereitungen und des Wiederernehmens nazistischer Methoden zu entlarven und damit einen noch aktiveren Kampf für die hohen Ziele der Menschlichkeit zu entfalten. In Anbetracht der Tatsache, daß der Frieden in der Welt mit allen Mitteln gesichert werden muß, begrüßt der Rat der VVN die augenblicklich in der ganzen Welt angelegene Unterschriftenkampagne zur Aechtung der Atombombe und fordert alle Opfer des Nazismus auf, aktiv an der Verteidigung des Friedens mitzuwirken.

Ferner nahm der Rat der VVN Stellung zu den Prager Beschlüssen der Internationalen Vereinigung ehemaliger politischer Häftlinge (FIAPP) und beschloß, den 10. September in ganz Deutschland als eintrachtvollen Gedenktag gegen Krieg, Faschismus und Rassenhetze, für Frieden und für die Einheit Deutschlands zu feiern.

Weil Dr. Gereke die Wirtschaftseinheit will ...

... wird er von den Dollar-Separatisten als Landesverräter bezeichnet

Während es dem CDU-Pressedienst „dringend“ an der Zeit erscheint, Herrn Gereke „das Handwerk zu legen“, hat sich als erste, wie die „Frankfurter Rundschau“ laut dpa berichtet, eine Delegierten-Versammlung der CDU des Bezirks Städt. in Niedersachsen hinter Dr. Gereke gestellt. Ausdrücklich dankten sie ihm dafür, daß er sich so tatkräftig für gesamtdeutsche Wirtschaftsbeziehungen eingesetzt hat. Die Bonner Regierung des Herrn Adenauer indessen behandelt den niedersächsischen Landwirtschaftsminister wie einen Landesverräter. Sie möchte, daß er aus der niedersächsischen Landesregierung ausgeschlossen wird. Man hat auch schon ein Verfahren gegen Dr. Gereke eingeleitet, mit dem Ziel des Ausschlusses aus der CDU.

Sie hören nicht auf mit Worten die Einheit Deutschlands zu preisen, weil das ganze deutsche Volk diese Einheit fordert — und sie versäumen keinen Tag um diese Einheit und das Streben des deutschen Volkes zu verraten, die Bonner Häuptlinge der Kolonie Westdeutschland. Als Minister Gereke aus der Deutschen Demokratischen Republik zurückkam, berichtete er von erfolgreichen Verhandlungen. Zehn Millionen Gemüsekonserven hat die Deutsche Demokratische Republik im Rahmen des innerdeutschen Handels von der niedersächsischen

Konservenindustrie, gekauft. Das ist es, was Herr Gereke von seiner Parteilührung und von der Bonner Bundesregierung als ein Verbrechen angekreidet wird. Als ob die Notlage der westdeutschen Konservenindustrie nicht allgemein bekannt wäre.

So las mein erst kürzlich in der westdeutschen Presse folgende Meldung:

„Die Notlage der Konservenindustrie in der Bundesrepublik hat in letzter Zeit bedrohliche Formen angenommen. Bundesernährungsminister Niklas hat dem Agrar-ausschuß des Bundesrates mitgeteilt, daß sich sein Ministerium für eine Subventionierung dieses Industriezweiges einsetze und in dieser Angelegenheit bereits mit dem Bundesfinanzminister verhandelt. Als Subventionsbetrag werden rund 12 Millionen D-Mark veranschlagt.“

Die Bonner Separatregiererei tat praktisch nichts, um die katastrophale Lage der westdeutschen Konservenindustrie zu verbessern. Zwar ist seit Monaten bekannt, daß die westdeutsche Konservenindustrie dar- niederkniet, daß sie ihren Absatzmarkt verloren hat, daß sie gezwungen ist unter Preis zu verkaufen, weil die aus dem Ausland eingeführten Lebensmittel ihnen den Absatz nehmen. Nichts hat die Bonner Regierung unternommen, um diese ausländischen Einfuhren abzustoppen, statt dessen versprach man eine Subvention.

Minister Gereke wird behandelt wie ein Landesverräter. Warum? Weil er einen Schritt tat auf dem Wege zur deutschen Wirtschaftseinheit. Weil er einen Wunsch erfüllte, der in Westdeutschland von Unternehmern und von Arbeitern (besonders aber von den Arbeitslosen), der von allen Schichten des Volkes immer wieder erhoben wird. Nein, die Landesverräter sitzen auf einer anderen Bank und die Herren von der CDU sollten sich jetzt gemerkt haben, daß sie im Glashauss saßen, als sie diesen Stein gegen Dr. Gereke warfen.

Im Mai tagten in Eisenach die Agrarpolitiker aus ganz Deutschland. Sie stellten fest, daß durch die von den Amerikanern erzwingende Einfuhrschwemme in Westdeutschland die westdeutsche Gemüseanbaufläche um 32 Prozent eingeschränkt werden mußte. Sie stellte fest, daß in den Kühllhäusern Westdeutschlands 40 000 Tonnen ausländischer Butter lagern, die zum Schaden der westdeutschen bäuerlichen Butterhersteller jetzt auf den Markt geworfen werden sollen und die deutschen Pro-

dukte verdrängen. Die westdeutsche Landwirtschaft wird durch die Bonner Politik immer mehr zugrunde gerichtet. Einmal mehr haben die Herren von Bonn bewiesen, daß sie nicht den deutschen Interessen dienen wollen.

Walter Ulbrichts Aufforderungen, sich aus der Umklammerung des Marshallplanes zu lösen, wird in Westdeutschland nicht ohne Echo bleiben. Denn die Deutsche Demokratische Republik hat in ihren Handelsverträgen mit den Ländern des Ostens an das ganze Deutschland gedacht und bietet Westdeutschland gewaltige Möglichkeiten nach dort zu exportieren. Und nicht nur in Konserven, sondern für fast alle unsere Erzeugnisse bietet die Deutsche Demokratische Republik Absatzmöglichkeiten. In Westdeutschland muß man erkennen, daß man zu einer einheitlichen Wirtschaft in Deutschland nur durch den entschlossenen Kampf gegen die Politik der Bonner Bundesregierung kommen kann. E.M.

Pressestimmen

Die Völker Westeuropas wollen keine Infanteristen werden

Obwohl Außenminister Acheson im Kongreß erklärte, daß „das Prinzip der ausgeglichenen, kollektiven Streitkräfte“ — das in London beschlossen wurde — „von großer und vielleicht revolutionärer Bedeutung ist“, haben diese großen Worte bei uns zu Hause (in den USA, d. Red.) sehr wenig Interesse hervorgerufen. Wahrscheinlich deshalb, weil keine Taten auf die Worte folgten: Das Ausmaß des amerikanischen Etats und die Zusammensetzung der amerikanischen Streitkräfte scheint durch dieses „revolutionäre Prinzip“ nicht wesentlich betroffen worden zu sein. Auf dem europäischen Kontinent hat dieses Prinzip, wie mitgeteilt wird, mehr Depressionen als Begeisterung hervorgerufen: Man hat es dahingehend ausgelegt, daß die Briten, die Kanadier und die Amerikaner sich auf die See- und Luftmacht spezialisieren werden, während die kontinentalen Länder sich auf die Infanterie beschränken sollen...

Die Folgerung, daß die Londoner Beschlüsse große Armeen von zwangweise Einberufenen in Frankreich, den Niederlanden und schließlich in Deutschland erforderlich macht, — eine Folgerung, die nicht notwendig wäre, wenn die fortschrittlichen Militärs recht hätten, — hat Verwirrung und Erbitterung hervorgerufen. Wenn wir diesen Glauben Wurzeln schlagen lassen, würde dies ein

politisches Verhängnis bedeuten. Auf Grund einer Anzahl zwingender Notwendigkeiten kann die Verteidigung Westeuropas nicht nach dem Prinzip organisiert werden, daß die englisch sprechenden Nationen in Flugzeugen fahren und auf Schiffen segeln, während die Völker des Kontinents auf dem Erdboden kämpfen. Die Vorstellung, dies sei der Plan der Atlantikpakt-Nationen, ist zweifellos der wirkliche Grund dafür, daß in dem ersten Jahre des Atlantikpaktes fast nichts erreicht wurde.

Walter Lippmann in der „New Herald Tribune“

Bewußt gezeigte Apathie gibt ihren Urheber zu Besorgnis Anlaß

Die westdeutsche Jugend verhält sich nach wie vor apathisch, während das deutsche Volk im allgemeinen, dessen politische Anhängerschaft den Preis im Kampf zwischen Ost und West darstellt, sowohl Unwissenheit als auch Apathie zeigt, was die Politik angeht...

Diese Lage gibt zu erster Besorgnis Anlaß, nicht nur wegen der wirklichen Gefahr, die sie für die deutsche Demokratie darstellt, sondern weil die Sowjetunion (es war in Wirklichkeit die Deutsche Demokratische Republik, d. Red.) soeben ihre Fähigkeit in Berlin unter Beweis gestellt hat, junge Menschen für die Ziele des Kommunismus (gemeint ist der Kampf für Frieden und die Einheit Deutschlands, d. Red.) zusammenzufassen.

„New York Times“

Parteiverbot „im Prinzip falsch“

Das Verbot einer politischen Partei, wie aufrührerisch ihre Doktrinen auch sein mögen, in einem demokratischen Staate, ist im Prinzip falsch und bewirkt selten, daß der Tätigkeit der Parteimitglieder Einhalt geboten wird. In Australien besonders wird diese Praxis den Kommunisten mit einer Atmosphäre geheimen Abenteuerismus, Verschwörungen und Märtyrertum umgeben, die bessere Menschen, wenn nicht mehr — an ihn ziehen könnte als die gegenwärtige eintönige Propaganda und die Komiteetätigkeit, die von den Parteiführern geboten wird. „The Economist“, London

Labour-Politiker haben keine freie Wahl

Die Lage, in der sich die Labour-Regierung befindet, ist der Welt bekannt, und der Kurs, den sie jetzt einschlagen muß, wird in sehr engen Grenzen durch die Erfordernisse der Politik bestimmt. Die Parteiführer mögen sich winden — und zweifellos haben sie sich in Worten am letzten Wochenende sehr gewunden — aber sie haben keine wirklich freie Wahl. Theoretisch könnten sie natürlich ihre doktrinaire Reinheit verkünden und sich um die Aussichten, weiter im Amt zu bleiben, nicht scheren. Aber Politiker können das in jedem Land und zu jeder Zeit nur mit großer Schwierigkeit tun. Wenn etwas seit der Wahl klar wurde, dann dies, daß die Politiker der Labour-Partei nicht Politiker von dem Schlage sind, die sich freiwillig zurückziehen. „The Economist“, London.

Fragen und Antworten

Die Demokratie in den kapitalistischen Staaten

Frage: Der Genosse F. M. aus Düsseldorf schreibt uns:

„In Diskussionen mit Arbeitskollegen wurde mir häufig vorgehalten, daß die von uns Kommunisten angestrebte gesellschaftliche Ordnung nichts mit Demokratie zu tun hätte“ und nur „Diktatur“ und „Totalitarismus“ wäre. „Das sprechendste Beispiel dafür sei die UdSSR.“ — Als Demokratie dagegen, so wurde mir entgegnet, könnten nur die USA, England, Westdeutschland usw. bezeichnet werden. Ich frage Euch, wie kann ich meine Arbeitskollegen am zweckmäßigsten von der Falschheit und dem Gegenteil ihrer Behauptungen überzeugen?

Antwort: Werter Genosse F. M. Wie Du weißt, bedeutet das Wort Demokratie in die deutsche Sprache übersetzt soviel wie Volksherrschaft. Diese Volksherrschaft — und zwar die umfassendste und vollkommendste — sei, so will die Propagandamaschine der Imperialisten uns weismachen, in den kapitalistischen Staaten und vor allem in den USA, England und hier bei uns in Westdeutschland vorhanden.

Sehen wir uns diese „Demokratie“ ein wenig genauer an, so beweisen die Tatsachen, daß sie in Wirklichkeit nur eine verschleierte und getarnte Diktatur der zahl-

lenmäßig geringen Kapitalistenklasse und ihrer Helfershelfer über die große Masse der Werktätigen ist.

So preist man bei uns in Westdeutschland mit vollen Tönen die Freiheit der Persönlichkeit. Aber was soll man von dieser „Freiheit“ halten, wenn sogar Studenten, Aerzte und Schauspieler nur die Freiheit haben — und oft auch die nicht einmal — zwischen Zeitungsverkaufen und Teppichklöpfen zu wählen, um sich das Nötigste für den Lebensunterhalt zu verdienen?

Und was ist das für eine Demokratie, die von persönlicher Gedanken- und Gewissensfreiheit spricht, aber Tausende junger Deutschen mit Knütteln schlägt, mit Äußen jagt, sie verhaftet und ins Gefängnis wirft, nur weil sie für den Frieden eintreten und deshalb zum Deutschlandtreffen nach Berlin gingen? Und was ist das für eine Demokratie, die die Pressefreiheit verkündet, aber systematisch fortschrittliche Redakteure zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt, nur weil sie im Namen und im Interesse des Volkes die Wahrheit sagen und für den Frieden kämpfen?

Wie läßt es sich mit der großartig verkündeten Koalitions- und Versammlungsfreiheit vereinbaren, wenn man Versammlungen — nicht nur unserer Partei — verbietet, die Redefreiheit beschränkt und glühende Ver-

fechter der Interessen des deutschen Volkes wie Max Reimann, Ernst Nagel u. a. ins Gefängnis wirft? Was nützt es, wenn man das Recht auf Bildung verherrlicht und sogar in der Verfassung dekorativ festlegt, die höheren Schulen und Universitäten aber nur von Söhnen und Töchtern der Reichen und Besitzenden besucht werden können?

Wahrlich, die Kette dieser Beispiele ließe sich unendlich fortsetzen. Sie alle beweisen, daß die westliche Demokratie nur eine Demokratie dem Namen nach ist. Sie ist eine „Demokratie“, eine Herrschaft der Börsenmakler und Finanzhünen. Und wehe dem, der es wagt, gegen diese „geheilte Ordnung“ aufzutreten und sich für Frieden und Fortschritt einzusetzen. Ihn trifft die offene Gewalt oder die versteckte Willkür eben dieser von den Kriegstreibern so verherrlichten „Demokratie“ mit voller Wucht.

In der bürgerlichen Demokratie sind alle Rechte und Freiheiten — sei es das Recht auf Bildung, sei es die Pressefreiheit, die Unverletzbarkeit der Person, die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit nur den Besitzenden garantiert. Denn sie haben die wirtschaftliche Macht, besitzen die Fabriken, die Druckereien, den Rundfunk und die beherrschende Stellung im Staat, was ihnen ermöglicht, diese Rechte und Freiheiten für sich zu nutzen und zu verwirklichen. Für die Werktätigen sind alle von der Bourgeoisie verkündeten und so verherrlichten „Rechte und Freiheiten“ nur formal, dem

Namen nach vorhanden. Die Werktätigen können von diesen „Rechten und Freiheiten“ nur wenig Gebrauch machen, weil sie nicht die notwendigen Mittel, kein Geld zu ihrer Verwirklichung, dagegen den gesamten Staatsapparat gegen sich haben.

So erweist sich das ganze Gerede von der „westlichen Demokratie“, von der bürgerlichen „Gleichheit“ und „Freiheit“ als eine bewußte Irrführung der Werktätigen. Solange einige wenige Monopolkapitalisten den ganzen Reichtum in ihren Händen halten und die große Mehrheit des Volkes bei Strafe des Hungertodes gezwungen ist, für sie zu arbeiten und Profit zu schaffen, kann es keine wirkliche, garantierte Freiheit für die Werktätigen geben. Wirkliche Rechte und Freiheiten bekommen die Werktätigen nur so viel, wie sie sich erkämpfen. Deshalb wird auch die westdeutsche Arbeiterklasse das Mitbestimmungsrecht nur erhalten, wenn sie unerschrocken und geschlossen darum kämpft.

Nur auf diese Weise ist den Werktätigen in den bürgerlichen Demokratien die Gewinnung und Erweiterung gewisser Rechte und Freiheiten möglich. Wirkliche, volle Demokratie ist der Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Schichten jedoch erst dann garantiert, wenn die Ausbeutung beseitigt ist. Das beweist das Beispiel der SU und der Länder der Volksdemokratien. Darüber werden wir das nächste Mal an dieser Stelle schreiben.

FÜR DIE FRAU

Der DFD antwortet Frau Dr. Strecker

Vom Demokratischen Frauenbund wird uns geschrieben:

Der Zusammenschluß der Frauen Ost- und Westdeutschlands in einer gesamtdeutschen einheitlichen Frauenorganisation, dem DFD, läßt die Gemüter einiger führender Persönlichkeiten westdeutscher Frauenverbände, besonders Frau Dr. Strecker, Frankfurt a. M., nicht mehr zur Ruhe kommen.

Seitdem fortschrittliche Frauen in Westdeutschland den Entschluß gefaßt haben, dem Zustand der Spaltung der deutschen Frauenbewegung ein Ende zu setzen, seit Gründung des Demokratischen Frauenbundes in Westdeutschland sind diese, politisch plötzlich so besonders aktiv gewordene Dame darüber nach, welche „stichhaltigen“ und „beweiskräftigen“ Argumente sie vermittels des „überparteilichen“ Rundfunks, der Presse und Versammlungen an die Frauen herantragen kann, um den DFD in den Augen der Frauen zu diffamieren und zu diskreditieren.

Der Versuch, den DFD zu einer kommunistischen Organisation zu stempeln, ist bereits durch die Tatsache widerlegt, daß im DFD, der eine überparteiliche Organisation ist, fortschrittliche Frauen verschiedener Weltanschauungen, sowie vor allem parteilose Frauen ein aktives Element bilden.

Groß ist die Anzahl parteiloser Frauen, die sich in rühriger Weise für die Gründung des DFD an vielen Orten einsetzen und ihnen kommt mit das Verdienst zu, daß der noch so jungen Frauenorganisation Westdeutschlands eine solche starke Beachtung und Bedeutung beigemessen wird und tausende Frauen im DFD Mitglied wurden.

Wo die Spalter der Frauenbewegung stehen, dafür gibt Frau Strecker selbst am besten Aufschluß, indem sie am hessischen Rundfunk zu der Frage: „Was ist der DFD?“ erklärt: „Ununterbrochen wirbt der DFD um die westdeutschen Frauenorganisationen. Zeitungen, Zeitschriften, Besucherinnen fluten über die Zonengrenzen nach dem Westen.“ Frau Dr. Strecker stellt befriedigt fest, daß die westdeutschen Frauenorganisationen dem „Druck“ des DFD nicht nachgegeben haben. Dieser Druck besteht einzig und allein darin, daß die Frauen des Demokratischen Frauenbundes es niemals unterlassen haben, das gemeinsame Interesse der Frauen in West- und Ostdeutschland herauszustellen und den Frauen in Westdeutschland eindringlich immer wieder die

verhängnisvollen Folgen der Spaltung Deutschlands und der deutschen Frauenbewegung vor Augen führen und diese zur Zusammenarbeit auffordern. Für ihre „Standhaftigkeit“ im Widerstand gegen diese Einheit unseres Vaterlands und weil sich Frau Dr. Strecker so besonders rühmlich für die Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands einsetzt, wurde sie mit einigen Amerikareisen belohnt.

Frau Dr. Strecker wagte es, alle die Frauen zu verhöhnen, die sich entschlossen gegen einen neuen Krieg, gegen die Atombombe stellen und den Kampf um den Frieden führen: „Es gibt immer Frauen, die sich von Friedenschalmeln und Mütter-sentimentalität rühren lassen und das Schlagwort von der deutschen Einheit verfehlt auf viele Frauen seine Wirkung nicht.“

Sie stellt in einer gegen den DFD gerichteten Rundfunkrede die weitere Behauptung auf, daß der überwiegende Teil der westdeutschen Frauen keine Meinung habe. Auf gleicher Linie bewegte sich Frau Pfannes, die Vorsitzende des Frauenverbandes Hessen, als sie gelegentlich einer Pressekonferenz gefragt wurde, warum die Arbeiterfrauen, die Arbeiterinnen im Hessischen

Frauenverband als Mitglieder nicht in Erscheinung treten. Sie erklärte: „Entweder ist es geistige oder materielle Armut, welche diese Frauen hindert, Mitglied unserer Organisation zu sein!“

Der DFD erklärt demgegenüber: Die westdeutschen Frauen haben eine Meinung und haben sie bewiesen als 60 000 von ihnen am 40. Internationalen Frauentag für den Frieden manifestierten. Zu Hunderttausenden geben sie ihrer Meinung Ausdruck, indem sie sich in die Unterschriftenlisten gegen die Atombombe und für den Frieden eintragen und unzählige Frauen sich selbst zum Sammeln von Unterschriften zur Verfügung stellen. Es sei daran erinnert, daß der Protest der Frauen gegen Remilitarisierung und Arbeitsdienst eine eindeutige Meinungsäußerung darstellt. Frau Dr. Strecker und Frau Pfannes an der Spitze des Hessischen Frauenverbandes geben uns durch ihre politische reaktionäre Einstellung den Arbeiterfrauen gegenüber hinreichenden Aufschluß darüber, warum sie nicht für diese Frauenorganisationen gewonnen wurden, im Gegensatz zum Demokratischen Frauenbund Deutschland, der in der Deutschen Demokratischen Republik weit über 600 000 Mitglieder zählt.

Aus dem Leben der Frau

Einen wichtigen Beitrag zum Kampf gegen Malaria leistete Frau Dr. Polowdowa, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Rostower Institutes für Malaria und medizinische Parasitologie, mit einer neuen Arbeit über die Malariamücke. Nach ihren letzten Versuchen wird es möglich sein, neueste chemische Präparate mit großem Erfolg gegen die Malariamücke einzusetzen.

Eine sowjetische Traktoristin, Darja Garmasch, die für die Einführung neuer Arbeitsmethoden mit dem Stalin-Preis ausgezeichnet wurde, ist jetzt zum wissenschaftlichen Beirat des landwirtschaftlichen Institutes in Rjasan gewählt worden. Die Wahl wurde vom Ministerium für Hochschulen der Sowjetunion bestätigt.

Prüfungen zwischen Schulkindern in dem Stadtteil Bronx der Stadt New York haben im vergangenen Jahr 20 Todesopfer gekostet. Die wildesten Schlächten haben zwischen rivalisierenden Banden stattgefunden, um die Aufmerksamkeit der Mädchen auf sich zu lenken. Die neueste dieser Banden nennt sich „Die Wildkatzen“ und setzt sich aus Mädchen zusammen, die andere Mädchen hindern wollen, sich an ihre „angebeteten Gangsterhelden“ heranzumachen.

Das Exekutivkomitee des Verbandes der Demokratischen Frauen in Rumänien stimmte dem Stockholmer Aufruf im Namen der 1 600 000 dem Verband angehörenden Frauen vollinhaltlich zu. Das Exekutivkomitee des Verbandes richtete an alle rumänischen Frauen die Aufforderung, den Aufruf zu unterzeichnen und damit ihren Willen zu bekunden, für den Frieden zu kämpfen.

Unser Kind hat sich erkältet

Kinder haben leicht Fieber. Erkältung, Halsschmerzen, einen verdorbenen Magen und nervöse Störungen sind die hauptsächlichsten Ursachen. Bis der Arzt kommt, bringen sachgemäß angelegte Umschläge dem ungedulden Patienten Linderung.

Allseits beliebt sind kalte Kompressen, die man auf die Stirn oder direkt übers Haar legt. Ein Stück Leinwand, ein gefaltetes Handtuch oder Taschentuch eignen sich gut für diesen Zweck. Durch den Wärmeeintrag soll das Fieber so schnell wie möglich fallen. Man darf also nicht vergessen, den Umschlag immer wieder zu erneuern.

Ist das Kind ein gar zu großer Wildfang, macht die Mutter besser einen Wadenwickel. Er zieht Hitze und Blutandrang vom Kopf ab. Ihn anzulegen ist einfach. Ein längs zusammengelegtes Handtuch unter einem Wollschal oder ein nasser Strumpf, über den man einen trockenen zieht, genügt vollkommen.

Häufig ist jedoch ein Halsumschlag notwendig, denn eine Halsentzündung durch Erkältung holen sich alle Kinder leicht. Damit seine Wirkung auch garantiert ist, muß er alle 15 Minuten erneuert werden.

Eine gute Mutter

„Dein Beispiel ist wirklich nicht empfehlenswert.“

Ein leitender Genosse einer unteren Parteieinheit in Frankreich hat diese kategorische Antwort einer Genossin erteilt, die vorschlug, die einzelnen Parteizellen aufzusuchen und die Frauen zur Aktivität anzufragen, damit sie die anderen Frauen für den Kampf gegen den Krieg, gegen die Atombombe heranziehen und zusammenbrächten.

Was kann denn in dem Tun dieser Funktionärin ein so schlechtes Beispiel sein, daß es ihren Genossinnen nicht empfohlen werden könnte?

Sie ist Mutter von zwei Kindern, einem achtjährigen Mädchen und einem sechzehnjährigen Sohn. Sie geht arbeiten. Sie ist eine aktive Funktionärin des Verbandes der französischen Frauen, immer auf dem Posten; das bedeutet, daß sie nicht viel daheim ist, besonders in der jetzigen Zeit mit ihrer so ersten Kriegsdrohung.

Soll das nun ein schlechtes Beispiel sein? Am 6. März 1949 hatte Jeanette Vermeersch im Buffalo erklärt: „Wir wären nicht würdig, den hohen Namen Mutter zu tragen, wenn wir nicht instände wären, unsere Kleinen zu verteidigen, wenn wir nicht soviel wert wären wie eine Henne, die ihre Kücklein schützt.“

Spürt nun eine Henne nahende Gefahr und hastet herbei, ihre Kücklein zu beschirmen, dann kommt es wohl vor, daß sie die Kleinen durcheinanderhetzt, ja, ihnen etwas wehtut, — aber sie rettet sie vor dem Tode, — und das ist die Hauptsache.

Wenn die Funktionärin, von der hier die Rede ist, ihre Kinder allein läßt, um nach ihrer Arbeit Unterschriften für den Stockholmer Aufruf zu sammeln, dann macht sie ihnen Kummer. Die Kleine weint, daß Mama noch wieder weggeht, und der Große: „Nie bist Du zu Hause.“

Ist sie eine hartherzige gleichgültige Mutter? Der Genosse, der so etwas denken kann, begreift nichts. Die Tränen und Vorwürfe ihrer Lieben, für die sie ihr Leben hergibt, zerreißen ihr das Herz. Aber sie geht — und wischt sich auf der Treppe rasch die Augen. Sie geht, denn sie ist eine gute Mutter.

Mit ihrer Unterschriftensammlung für den Aufruf, der das Verbot der Atombombe fordert, will sie ihre Kinder und die der andere Mütter beschützen. Wie sie die Treppe hinuntergeht, wiederholt sie sich im stillen: „In Hiroshima sind 47 000 lebende Geschöpfe in wenigen Sekunden getötet worden; in einem Monat nach der Explosion der Bombe sind weitere 65 000 unter entsetzlichen Qualen verschieden. Und dabei

Eine Frauenbewegung kann nur dann erfolgreich sein und werbende Kraft ausstrahlen, wenn sie einen ernsthaften politischen und sozialen Kampf für die Fraueninteressen führt.

Auch in Westdeutschland erwirbt sich der DFD das Vertrauen der Frauen, besonders der werktätigen Frauen, indem er sich die Aufgabe stellt, die Interessen der Frauen auf allen Gebieten des Lebens zu vertreten vor allem den Kampf um den Frieden und um die Verbesserung der Lebenslage der werktätigen Frauen und Mütter und der Kinder zu führen.

Der Demokratische Frauenbund erklärt, daß er den Beschluß der Kommunistischen Partei, den DFD als gesamtdeutsche fortschrittliche Frauenorganisation zu unterstützen, begrüßt, wie der Demokratische Frauenbund ebenfalls begrüßt, wenn außer der Kommunistischen Partei auch andere Organisationen und Verbände ihre weiblichen Mitglieder auffordern, dem DFD beizutreten darin aktiv und wirksam zu sein, um damit den Kampf um den Frieden und um die Einheit Deutschlands, dem sozialen Kampf um die Verbesserung der Lebenslage der werktätigen Frauen und Mütter und der Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau in Westdeutschland einen noch stärkeren Nachdruck zu geben.

M. Sch.

Wenn es heiß ist ...

Hübsche Musselin-Stoffe und auch schon einige Kunstseidenstoffe in bunten Mustern gibt es schon von zwei bis drei D-Mark an. Wenn Sie dann noch in der Lage sind, selbst zu schneiden, wird das neue Sommerkleid nicht allzuviel kosten. Oft ist hier und da noch ein Rest Besatzstoff oder ein Stückchen Spitze vorhanden, mit dem es hübsch auszuputzen ist. Auf unserer Zeichnung bringen wir heute zwei ganz besonders hübsch und elegant wirkende Kleidchen, die nicht zu schwer anzufertigen sind.

Beliebt sind auch in diesem Jahr wieder Kleider mit Bolero, deren unteres Teil die ganze Schulter frei läßt und nur von Trägern gehalten wird. Bei unseren Kleidchen ist das Bolero sehr knapp mit ganz kleinen Aermelchen. Den oberen Rand bildet eine dunkle Spitzenborde, oder auch, bei sonst einfarbigem Stoff, ein Streifen recht gut gemusterter Seide. Der Rock ist sehr schlicht und eng gearbeitet. Die vorn und hinten lose überfallenden Falteile können je nach Lust



ausschnitt werden mit einer schmalen Spaltspitze, statt der man auch wieder einen Streifen anderen Stoffes nehmen kann, eingefast. Ein schmaler Gürtel vervollständigt das luftige, hochsommerliche Kleid. Gustl.



und Laune, einmal zur Seite, oder beide nach hinten getragen, und auch ganz weggelassen werden.

Zum zweiten Modell ist schon ein wenig mehr Stoff nötig, der vorher in der ganzen Länge des Kleides plissiert wird. Die Schulter- und ein Teil der Hüftpartie werden zugestept. Hierbei ist ein bißchen Geduld erforderlich, denn es muß darauf geachtet werden, daß die kleinen Falten auch richtig fallen, davon hängt der Sitz des ganzen, an sich sehr einfach gehaltenen Kleides ab. Der tiefe, viereckige Halsausschnitt und der Aermel-

Wenn ich so nachdenke ... / Von Hedda Zinner

Anfisa Markowna ist ebenfalls einer der vielen „Dutzendmenschen“. Sie war auch schon so alt, als daß sie es noch zu etwas hätte bringen können. Sie ist eine „Babuscha“, ein „Großmütterchen“. So nennt man überall die alten Frauen, die Haushaltarbeiten verrichten, einkaufen, die Kinder warten. Aber Anfisa Markowna ist sogar eine richtige Großmutter, die bei ihren eigenen Kindern die Wirtschaft führt. Auch sie ist durch die Familie mit tausend Fäden an das neue Leben gebunden. Ich werde ihre Worte nicht so leicht vergessen, als sie mir in ihrer derben, herzlichen Art auf die Schulter schlug und ungefähr sagte:

„Siehst du, mein Täubchen“, begann sie, „wenn ich manchmal meine Töchter betrachte, dann könnte ich sie beneiden. Ach Gott, wenn ich zurückdenke, was hab' ich schon von meinem Leben gehabt? Jung war man und ganz stattlich, kannst es mir glauben, und hat zu Haus gegessen und zu Haus gehen können, weil die Kinderchen gekommen sind, eins nach dem andern, und dabei

hat's nicht vorn und nicht hinten gelangt. Es waren keine Schuhe da für die Kleinen und keine Strümpfe, und man hat geflickt und gestopft und konnte die Löcher doch nicht alle zustopfen. Und der Mann ist dann nach Hause gekommen und hat getrunken. Ach, Töchterchen, die Kopeken, die man so bitter nötig gehabt hätte, waren zum Teufel! Eine Hölle war das und kein Leben, sag' ich dir!

Und nun schau dir dagegen hier meine Marusja an. Sechszwanzig ist sie, und zwei Kinderchen hat sie. Schau sie dir nur an: sieht sie nicht wie ein Fräulein aus? Geht arbeiten und ist schon zweimal prämiert worden für gute Leistungen. Hat die Kinder im Kindergarten. Aber wenn du

man dann ärgerlich geworden und hat sie angeschrien: Schert euch auf die Straße, daß ich euch hier nicht mehr sehe!

Aber bei meiner Marusja ist das alles ganz anders. Du solltest nur sehen, wie glücklich die Kinderchen sind, wenn sie sie vom Kindergarten abholt. Dann müssen sie erst einmal erzählen, was sie alles erlebt haben. Wirklich, Töchterchen, sie erleben eine Menge in ihrem Kindergarten, du würdest es nicht für möglich halten: Liedchen lernen sie und tanzen, und sie machen Ausflüge und fertigen allerhand schöne kleine Säckelchen an. Begabte Kinder, sag' ich dir! Aber du wirst denken, ich sag' das nur, weil alle Großmütter stolz auf ihre Enkelchen sind, na ja! Wo war ich doch stehengeblieben? Ach so, ja, dann spielt sie noch mit den

Mutter Wolf erinnert sich

Mutter Wolf ist eine der ältesten Frauen Deutschlands. Letzten Samstag, am 10. Juni, feierte sie ihren 99. Geburtstag. Die Kleingartenkolonie „Morgenrot“ in Berlin, Baumschulweg, in der Mutter Wolf wohnt, hatte ihren großen Tag. Alle feierten sie Mutter Wolfs Neunundneunzigjährigen. Die Zeitung „Neues Deutschland“ hatte einen Reporter zu dem Geburtstagskind entsandt, der folgendes berichtete:

„Wir sehen sie in der Sonne auf einer Gartenbank sitzen. Unser erster Gedanke ist: ein sorgloser Lebensabend.“

„So ist das nicht“, erwidert die Greisin. „Ich habe nämlich einen Wunsch und zwar, noch lange zu leben, wenigstens so lange, bis ich die Gewißheit habe, daß es keine Kriege mehr gibt.“ Und schon beginnt Mutter Wolf von ihrer weit, weit zurückliegenden Jugend zu erzählen. „Ich kann mich kaum noch an all die vielen Kriege erinnern, die ich während meines Lebens miterleben mußte. Und jedesmal hatte das Volk darunter zu leiden. Immer! — Aber wie hieß es doch dann: Kriege hat es zu jeder Zeit gegeben, was sollen wir kleinen Leute dagegen tun?“

Und so zogen dann meine Brüder ins Feld, erst gegen Oesterreich, dann gegen Dänemark. Zwei fielen bei den Düppeler Schanzen. Kaum hatte man darüber die Tränen getrocknet, schon zogen wieder un-

sere Männer 1870/71 gegen Frankreich in den Krieg. Sechs- oder siebenmal hieß es für uns Frauen Abschied nehmen.“

„Brüder, einen Sohn und während des letzten Krieges zwei Enkel habe ich verloren.“ Die alte Frau kann sich der Tränen nicht erwehren, so faßt sie die schreckliche Erinnerung.

Trotz ihres hohen Alters nimmt Mutter Wolf an allen Tagesereignissen regen Anteil, zum Beispiel während des Deutschlandtreffens waren auch FDJler in der Kolonie einquartiert.

„Das hat es zu meiner Zeit noch nicht gegeben.“ Und nach einer kurzen Pause der Besinnung: „Wirklich, das hat es eigentlich überhaupt noch nie gegeben. Daß die Jugend sich so einfach entschließt, gegen die „da oben“ aufzutreten, die bisher alle Kriege gemacht haben.“ Die 99jährige grübelt... „Alle Kriege wurden immer nur von Menschen geführt, und wenn die Menschen sich einig sind und keine Kriege mehr wollen...“

Deshalb hat sich auch Mutter Wolf als eine der ersten in der Kolonie in die Liste zur Achtung der Atombombe eingetragen. Sie sagte dabei zu dem Helfer des Friedenskomitees: „Schade, daß man schon so alt ist, sonst würde ich mit Ihnen gehen, um als erfahrene Frau noch aktiv für den Frieden zu werben.“

Eine Gruppe junger Pionere beim Friedentreffen der deutschen Jugend in Berlin.



glaubst, sie hat keine Zeit für die Kinderchen, sorgt nur für sich selber und läßt die Kinder verkommen — da irrst du dich, Töchterchen! Siehst du, ich war doch damals den ganzen Tag zu Hause, und da sollte man doch denken, ich hätte viel Zeit für die Kinder gehabt, aber, siehst du, das war gerade umgekehrt. Ich war gewiß nicht schlecht, Töchterchen, aber der Kopf war voller Sorgen wie ein Wasserkrug, den man so voll gefüllt hat, daß man denkt: „Noch ein Tropfen, und er wird überlaufen!“ Und zu tun gab es vom frühen Morgen bis in die späte Nacht; manchmal konnte ich den Rücken nicht mehr geradehalten, so müde war ich; und, siehst du, Töchterchen, wenn dann die Kinder gekommen sind: „Mamotschka, was ist das? — Mamotschka, gib mir eine Kopeke!“ — Mamotschka, warum darf der Ljoscha von nebenan eine Waffel kaufen und ich nicht?“ — siehst du, da ist

Kindern, oder sie liest ihnen etwas vor, bis sie gefüttert und zu Bett gebracht werden. Und nun denkst du vielleicht: „Jetzt geht auch Marusja ins Bett.“ Nein, nein, Töchterchen, dann fängt sie erst an, zu lernen. Sie studiert, meine Marusja, will was Besonderes werden. Und ich? Ich hab' nicht mal lesen und schreiben gelernt. Und ihr Mann, der Mischa, ist ein guter Arbeiter, und er bringt seinen Lohn nach Hause. Lernet auch. Da sitzen sie dann zusammen, trinken Tee und unterhalten sich über Dinge... Dinge, sag' ich dir, von denen man rein gar nichts versteht. Töchterchen! Und so schön still und gemütlich ist's bei uns — eine reine Freude.“

Ich habe diese kleine Erinnerung an Anfisa Markowna und ihre Tochter Marusja hervorgeholt, weil sie mir charakteristisch, ja typisch erscheint für den Gegensatz zwischen zwei durchschnittlichen Frauen von gestern und heute.

Nun auf einmal...

Im Süddeutschen Rundfunk gab Oswald Hirschfeld einen Kommentar zum Deutschlandtreffen. Darin wird geschildert, wie das Straßenbild Westberlins von den Blauhemden „beherrscht“ gewesen sei, wie die FDJ-Angehörigen mit Bananen, Schokolade, mit Eintrittskarten für Kino und Theater beschenkt worden seien, wie sie bei Reuter zu Kaffee und Kuchen geladen waren usw. ... Ebenda, wo Panzer und Wassertanks bereitgestellt, wo Besatzungstruppen und Polizei zusammengelagert und in Alarmbereitschaft waren, um eine „Invasion“ der jungen Friedens-Demonstranten nach Westberlin zu verhindern.

Wie soll man sich diesen plötzlichen Umschwung der Rufer nach Gewaltmitteln gegen die Jugend erklären? Die Sommerhitze allein kann ihn nicht verursacht haben. Aber es scheint, daß der Aufmarsch der 700 000 diesen Herolden nicht nur die Sprache verschlagen, sondern bei ihnen auch erhebliche Sinnesverwirrung angerichtet hat. Sie wollen mit allen Mitteln vergessen machen, daß sie nach Panzern und Besatzungstruppen gerufen und sich unsterblich blamiert haben.

Wenn Hirschfeld weiter erzählt, daß die FDJler nach ihrem Abstecher in den Westsektor mit „ideologischer Schlagseite“ nach dem Ostsektor zurückgegangen seien, so dürfte bei diesen und ähnlichen Äußerungen der Wunsch Vater des Gedankens gewesen sein. Nein! Diese Jugend ist auch mit Mätzchen, wie sie vom Südd. Rundfunk lanciert werden, nicht von ihrem Weg zu Frieden und Aufbau abzubringen.

W. Pf.

Achtung Arbeitslose von Weinheim!

Weinheim. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Weinheim, bittet um Veröffentlichung folgenden Schreibens, das alle zum Arbeitsamtbezirk Weinheim gehörende Arbeitslose betrifft:

Die gewählte Vertretung der Arbeitslosen, die in ständiger Vertretung mit dem Gewerkschaftsbund steht, hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, jeden Freitag von 10 bis 12 Uhr Sprechstunden im Gewerkschaftsbüro für alle Arbeitslosen abzuhalten. Diesen Beschluß wollte der Ausschuß der Arbeitslosen durch zwei kleine Plakate den Arbeitslosen durch zwei kleine Plakate, die vom Gewerkschaftsbund gekennzeichnet waren, am Arbeitsamt aushängen. Dies wird vom Arbeitsamt Mannheim verweigert mit der Begründung, das Arbeitsamt habe in der Durchführung seiner Aufgaben neutral zu sein und dürfe daher keine Werbung für jugendliche Personenvereinigungen in seinen Räumen durchführen lassen.

Durch die Sprechstunden soll den Arbeitslosen geholfen werden. Die Arbeitslosen haben kein Geld, um Inserate für solche Ankündigungen zu bezahlen. Sie werden sich aber trotzdem helfen. Wir bitten alle Zeitungsleser, die einen Arbeitslosen in ihrem Wohnbezirk haben, der aus Geldmangel keine Zeitung hat, zu benachrichtigen, daß jeden Freitag morgen von 10 bis 12 Uhr für alle Arbeitslosen Sprechstunden des Arbeitslosenausschusses im Gewerkschaftsbüro, Altes Rathaus, II. Stock, stattfinden.

Klettermaxe immer noch am Werk

Mannheim. In der Nacht vom 9. auf 10. Juni stieg ein bis jetzt unbekannter Mann nach Erklettern des Balkons einer im zweiten Stock gelegenen Wohnung in der Oststadt durch die offenstehende Balkontür in die Wohnung eines Kaufmanns und entwendete im Schlafzimmer zwei auf dem Nachtschisch liegende Brieftaschen sowie einen Geldbeutel. Der Gesamtschaden beläuft sich auf etwa 200 DM. Ein ähnliches Mißgeschick erlitt in der gleichen Nacht ein Student, in dessen ebenfalls in der Oststadt gelegene Wohnung durch die offene Balkontür auch ein Fassadenkletterer einstieg und die auf dem Nachtschisch liegende Brieftasche um 20 DM erleichterte. (EB) Die beiden Fälle, bei denen es sich vermutlich um ein und denselben Täter handelt, sind nur ein Glied in einer Kette von ähnlichen Vorkommnissen, die seit längerer Zeit die Oststadt wie auch Neustadt in begriffliche Unruhe versetzen und teilweise nachts nicht mehr schlafen lassen. Trotz starker polizeilicher Fahndung und wiederholter Umstellung eines Häuserblocks, in dem Klettermaxe gerade „arbeitete“, gelang es der Polizei bis auf den heutigen Tag nicht, ihn zu fassen. Herr Polizeidirektor Rieger meinte dazu unlängst optimistisch: „Wir werden ihn schon noch kriegen...“

Von US-Soldaten angefallen

Stuttgart. In der Nacht zum Sonntag wurde Ecke Schreiber- und Dornhaldenstraße ein Mann, der in Begleitung seiner Tochter war, von zwei amerikanischen Soldaten angefallen und durch Schläge ins Gesicht so stark verletzt, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Auch seine Tochter, die ebenfalls geschlagen wurde, erlitt Verletzungen.

In einem Café in der Böblinger Straße gerieten in der Samstagnacht sechs amerikanische Soldaten untereinander in Streit. In dem Café entstand Sachschaden.

Beim Füttern von einer Kuh aufgespießt

Karlsruhe. (fwb). Beim Füttern wurde am Montag in Pfaffenrot eine Frau von einer Kuh, die sich losgemacht hatte, angegriffen und mit den Hörnern aufgespießt. Die Frau starb wenige Stunden später an ihren Verletzungen.

Märchenstunde in der Volksbücherei

Karlsruhe. Am Mittwoch, den 14. Juni, 15 Uhr, beginnt im Jugendeisssaal der Städtischen Volksbücherei, Kriegsstraße 7, Alter Bahnhof, die Märchentante Elfriede Hasenkamp mit „Japanischen Märchen“ eine große und interessante Fahrt in die Märchenwelt aller Völker. Karten ab sofort in der Jugendeisleihe. Eintritt frei.

Propagandazug kann Pleite des Marshallplans nicht verdecken

Verstärkter Kampf für den Frieden — die beste Antwort an die Kriegstreiber

Mannheim. (EB). Die europäischen Völker haben durch bittere Erfahrungen gelernt, den Marshallplan für das einzuschätzen, was er wirklich ist, nämlich ein Instrument des amerikanischen Monopolkapitals, die europäischen sich zu unterordnen und den europäischen Markt für die amerikanischen Produkte zu erobern.

Kein Europäer und insbesondere kein Deutscher wird heute noch an den Schwindel der „selbstlosen Hilfe Amerikas“ glauben. Jeder Wirtschaftler und jeder Industrieller lacht darüber, wenn man ihm erzählt, daß dieser Plan gemeinnützige Ziele verfolgen und die Vereinigten Staaten nur am Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft interessiert seien. Die Konkurrenzmontagen, die Drosselung der deutschen Exporte, die erzwungene Einfuhr von Gütern, welche die deutsche Industrie gut selber erzeugen könnte, sprechen dafür eine zu eindeutige Sprache.

Die wirkliche Zielsetzung des Marshallplans, die Bildung eines militärischen Westblocks unter Führung der Vereinigten Staaten tritt immer offener zu Tage. Dieser Block, der ausschließlich gegen die Sowjetunion und die fortschrittlichen Volksdemokratien gerichtet sein soll, möchte Deutschland in eine kriegerische Basis des amerikanischen Imperialismus im Herz Europas verwandeln. Der Widerstand gegen diesen gefährlichen Versuch der Kriegstreiber wächst aber dauernd. Er wächst in allen Ländern Europas, und auch in Amerika selbst.

Das deutsche Volk erkennt immer klarer die Folgen der Politik der Kriegstreiber. Die wachsenden Erfolge der Friedenskämpfer, die steigende Anzahl der Unterschriften für den Frieden und die Aechtung der Atombombe, das begeisterte Echo, das die Stockholmer Friedensbeschlüsse in weitesten Kreisen gefunden haben, beweisen das.

Deswegen versuchen die Kriegstreiber, dieser für sie gefährlichen Entwicklung durch gesteigerte Hetze und mit riesigem Geldaufwand durchgeführte Propaganda entgegenzutreten. Der Marshallplan-Zug, der schon seit einiger Zeit in der amerikanischen Besatzungszone reist und nun auch in Mannheim eingetroffen ist, ist Bestandteil dieses Propagandafeldzuges. Eine geschickte Gegenüberstellung der Verhältnisse von 1945 und 1948 versucht den gutgläubigen Besu-

chern von den Segnungen des Marshallplans zu überzeugen. Nachdem man in einigen Wagen den katastrophalen Zustand der deutschen Industrie und Produktionsstätten zeigt, sieht man in anderen Artikel deutscher Firmen, welche jetzt wieder hergestellt werden dürfen.

Da ist z. B. die Stahlverarbeitende Industrie, die trotz einem prunkvollen Aufwand von Geräten die Drosselung der deutschen Stahlindustrie durch die ausländische Konkurrenz nicht verschweigen kann. Da wird die Verwertung der deutschen Kohle gezeigt, wohlweislich aber dabei verschwiegen, daß auch diese Industrie ein Opfer von Ruhrbehörde und Marshallplan geworden ist. Mit eindrucksvollen „Shows“ soll der Besucher darüber hinwegtäuscht werden, daß sich sowohl die Chemische-, die Gummi-, Oel- und Fettsäureindustrie einem durch legale und illegale Importe übersättigten Markt gegenüber sehen, der den Absatz ihrer Bestände unmöglich macht.

Man könnte diese Beispiele beliebig fortsetzen, könnte auf die Zwangsimporte von landwirtschaftlichen Produkten hinweisen, die die deutsche Landwirtschaft auf Schwere gefährden, auf die Einfuhren von Frischfleisch für zweieinhalb Millionen Dollar jährlich, die von den arbeitslosen westdeutschen Fischern ebenso gefangen werden könnten. Ueber all das sagt der mit Wimpeln geschmückte Lautsprecherwagen natürlich nichts und auch das Kino im Marshallplan-Zug mag darüber nicht hinwegtäuschen.

Apropos Kino und Film. Im Zeichen des Marshallplans wurde der deutsche Film fast vollkommen verdrängt. Wir haben dafür konkrete Beweise. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Oktober 1949 wurden auf der westdeutschen Leinwand nicht weniger als 108 amerikanische, 71 englische und 88 französische Filme gezeigt. Zur gleichen Zeit befanden sich nur fünf deutsche Filme in Arbeit. Weil den Filmmagnaten der Appetit beim Essen kommt, so sind für das Jahr 1950 nicht weniger als 411 ausländische Filme vorgesehen, darunter 150 amerikanische. Die Zahl der amerikanischen Filme ist nur deshalb nicht höher, weil die Firmen der westlichen Besatzungsmächte zur Gründung von gemeinsamen Verleihunternehmen geschritten sind, um den westdeutschen Markt rentabel und ohne ernsthafte Konkurrenzkämpfe ausbeuten zu können.

Wir sehen also, daß die gesamte westdeutsche Industrie ein Opfer des Marshallplans und damit der amerikanischen Konzerne geworden ist. Das können weder die ausländischen Imperialisten noch die Propaganda ihrer westdeutschen Hörigen verschleiern. Die amerikanischen Konzerne wollen nicht nur das Geschäft in Deutschland machen, sondern bemühen sich, auch gleichzeitig durch die wirtschaftliche Abhängigkeit, Hetze und Verdrummung das deutsche Volk für seine Atlantikpakt-Kriegspläne zu gewinnen, um es als Kanonenfutter gegen die friedliebenden und fortschrittlichen Nationen zu gebrauchen.

Nur ein Ablenkungsmanöver

Stuttgart. Das Staatsministerium hat sich an Dr. Adenauer gewandt mit der wiederholten Bitte, die berechtigten Interessen des Landes Württemberg-Baden bei der Durchführung des sogenannten 2. Arbeitsbeschaffungsprogramms zu berücksichtigen. Bereits im April hatte Adenauer eine Beteiligung Württemberg-Badens an dem gebietlich begrenzten Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bonner Separatregierung abgelehnt.

Hier zeigt sich ganz deutlich, was von dem ganzen Arbeitsbeschaffungsprogramm zu halten ist, das mit soviel Pomp angekündigt wurde. Es wäre nun aber falsch, wenn man die Ursache des Übels in einer unge-

rechten Verteilung der Mittel durch die Adenauer-Regierung sehen würde. Schließlich ist das sogenannte Arbeitsbeschaffungsprogramm eine der vielen Mißgeburten der auch von der württembergisch-badischen Regierung gutgeheißenen Politik der Spaltung Deutschlands und der Unterordnung unter den Marshallplan.

Es ist also reichlich unangebracht, wenn beispielsweise Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier den Empörten markiert, um sich damit an den eigentlichen Ursachen der katastrophalen Erwerbslosigkeit vorbeizudrücken.

„Theater und Publikum in der Sowjet-Union“

Erste Veranstaltung der Gesellschaft zum Studium der Kultur in der Sowjet-Union

Mannheim. Professor Dr. Otto Fritz Gaillard, einer der leitenden Männer des deutschen Theater-Institutes in Weimar und Verfasser des berühmten Stanislawski-Buches, hielt am Montagabend für die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion im Forum Maximum der Wirtschaftshochschule einen Vortrag über das Thema: „Theater und Publikum in der Sowjetunion.“

Im Ausgange des 19. Jahrhunderts erhielt das bürgerliche Theater neue Impulse. Eine neue Literatur mit neuen Inhalten der sich zuspitzenden Gesellschaftsproblematis des Kapitalismus überwand die alte Hoftheater-Konvention des russischen Theaters, welches in einem Epigonentum des deutschen Klassizismus festgefahren war. Diese neue Theaterliteratur wurde repräsentiert durch Zola (Frankreich), Ibsen (Norwegen), Hauptmann (Deutschland), Shaw (England) und den unvergesslichen Maxim Gorki (Rußland).

Mit dem Erwachen der deutschen Arbeiterklasse, dem Erstarren der jungen deutschen Sozialdemokratie, brach sich ein neuer Typ des Theaters in Europa Bahn. In Berlin gründete Otto Brahm die „Freie Bühne“, welche mit ihrem Spielplan der Werke von Ibsen und GGerhart Hauptmann das konventionelle Hoftheater Wilhelms des II. beiseite schob. Im zaristischen Rußland gab die Gastspiele der Meininger dem sich seit Ostrowski entwickelnden realistischen Theater einen wesentlichen Impuls. Stanislawski gründete 1898 das Moskauer Künstlertheater, das die Konvention des Theaters über den Haufen warf und neue Perspektiven der Theaterkunst eröffnete. Die Meister des kritischen Realismus, Gogol, Tschechow und der revolutionäre Dramatiker Gorki („Nachtsyl“) als volks- und zeitnahe Dichter, welche die Problematik, die Wünsche und Träume des russischen Volkes gestalteten, kamen durch Stanislawskis Inszenierungen in den Vordergrund des russischen Theaterlebens. Die Einheit der drei Faktoren war geschaffen: Dichter Theater und Publikum verstanden einander!

Die Große sozialistische Oktoberrevolution schuf eine neue Gesellschaftsordnung und gab damit auch dem Theater neue Inhalte. Das „Rote Oktobertheater“ der Tairoff (Entfesseltes Theater) und das „Biomechanische Theater“ Meyerholds kamen nach vorn. (Beide Theater gastierten übrigens in den Jahren der Weimarer Republik in Mannheim und zwar Tairoff mit Bernhard Shaws „Heilige Johanna“ und der Operette „Girofle — Girofla“ und Meyerhold mit dem Zeitdrama „Brülle China“, D. Red.). Diese Theater pseudorevolutionärer Künstler, welche mit ihren Experimenten die eigentliche Form des Theaters zerbrachen, den Menschen „entmenslichten“, wurden bald Gegenstand heftigster sowjetischer Kritik. Die Tairoff-Meyerhold-Theater entfernten sich von den Massen, blieben in formalistischen Experimenten stecken — und die Massen wandten sich von einem derartigen Theater ab.

Stanislawski, der sich in jener Zeit vor allem mit der Erziehung junger Schauspieler beschäftigt hatte, erwies sich mit seiner menschlich wahren Kunst als der geeignete Gestalter auch der Inhalte der neuen sowjetischen Dramatik.

Die ungeahnte Entwicklung der Sowjetkultur als einer Kultur des sozialistischen Realismus, zeigte Professor Gaillard im be-

sonderen in dem Fortschritt der Theaterkunst der nationalen Republiken in der Sowjetunion auf. Wo vor 34 Jahren noch der Analphabetismus herrschte, zeigen sich heute die Ansätze einer bodenständigen dramatischen Kunst, z. B. in Aserbeidschan und Turkmenien. Aus der Folklore (Märchen, Volkslieder) entwickelten die Sowjets eine nationale Theaterkunst der 60 Völkerschaften der Sowjetunion. In Aserbeidschan spielt man heute Shakespeare „Othello“ in der Sprache der Aserbeidschaner. Nichts veranschaulicht besser den ungeheuren Beitrag der Sowjetunion zur Weltkultur, als diese Tatsachen einer Entwicklung der Völkerschaften vom Analphabetismus zur selbstständigen dramatischen Kunst.

Die Gestaltung der Lebensprobleme der sozialistischen Entwicklung ist die Thematik der sowjetischen Autoren wie Arbuzow, der das Nora-Problem weiter entwickelt und in seinem Schauspiel „Tanja“ das Ringen der sowjetischen Menschen um das Verhältnis von privatem und gesellschaftlichem Leben zeigt. Das Schauspiel „Moskauer Charakter“

von Sowronjew behandelt den Sieg des sozialistischen Ethos über den privaten Egoismus des Direktors einer Textilfabrik. Dies letztere Stück war einer der nachhaltigsten Theatererfolge, da der sowjetische Arbeiter sich selbst und seinen Kampf um die ständige Verbesserung der sozialistischen Ordnung auf den Brettern widersah. Die „Gestaltung der Lebensprobleme unserer Zeit“ bezeichnete Professor Gaillard als die Hauptaufgabe des Theaters von heute, und prophezeite dem bürgerlichen Theater einen „ästhetischen Museumstod“, wenn es sich noch weiter von der Tagesproblematik entfernt.

Reicher Beifall der über 150 Hörer aus der Intelligenz und den Arbeitern Mannheims, belohnte Professor Gaillard für seinen lehrreichen und interessanten Vortrag. Stadtrat Kurt Weber hatte zuvor in einleitenden Worten auf die Bedeutung der Gesellschaft zum Studium der Kultur in der Sowjetunion hingewiesen, die Kultur als völkerverbindendes Element herausstellend. Franz Mohr.

Am Mittwoch, den 14. Juni 1950, findet eine Veranstaltung der Gesellschaft zum Studium der Kultur in der Sowjetunion in Heidelberg im „Schwarzen Schiff“ statt.

Professor Dr. GAILLARD

vom theaterwissenschaftlichen Institut Weimar spricht über das Thema:

Theater und Publikum in der Sowjetunion

Die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion ladet alle Interessenten zu dieser Veranstaltung freundlichst ein.

Kartenvorverkauf: Am Zeitungskiosk Hans Deubler, vor der Hauptpost und im Gewerkschaftshaus, Zimmer 26.

Gemeinschaftssitzung zweier Ausschüsse

Verlegung der Straßenbahnlinie von der „Rhenania“ — in die Casterfeldstraße

Mannheim. Eingangs der gestrigen Gemeinschafts-Sitzung des Wirtschafts- und Straßenbahn-Ausschusses stand der Wiederaufbau einer Halle, zwei weiterer Baulichkeiten sowie einer Abschlussmauer im Straßenbahndepot I zur Debatte. Es sind auf dem dortigen Gelände bereits ein Verwaltungsgebäude und zwei Hallen hergestellt worden. Auch das neue Projekt mit einem Kostenaufwand von 267 500 DM, die aus den laufenden Einnahmen entnommen werden sollen, wurde genehmigt.

Eine längere Diskussion löste hierauf die geplante Verlegung der Straßenbahnlinie von der Rhenania in die Casterfeldstraße aus. Zunächst mußte man sich schlüssig werden, ob bei diesem Vorhaben anstatt einer Straßenbahnlinie nicht eine Omnibus- oder vielleicht Obusstrecke in Frage käme. Man entschied sich jedoch für die Straßenbahn, da diese finanziell gesehen im Endeffekt durch die lange Verwendungsmöglichkeit der Wagen (die Lebensdauer eines Omnibuswagens beträgt 10, die eines Straßenbahnwagens bis zu 30 Jahre), sowie aus anderen Gesichtspunkten heraus billiger und rentabler erschien. Weiter wurden Stimmen laut, die die Beibehaltung der jetzigen Straßenbahnlinie in der Rhenaniastraße anregten und lediglich auf eine Ausbesserung derselben bzw. ein Zusammenrücken der Gleise hinwiesen. Das Ende der langen Kontroversen war schließlich der Beschluß: die Verlegung der Straßenbahnlinie in die Casterfeldstraße doch vorzunehmen und die

Rhenaniastraße damit uneingeschränkt dem Durchgangsverkehr zu überlassen.

Ein Grundstückerwerb durch die Stadtwerke in Sandhofen wurde im Anschluß daran genehmigt. Des weiteren beschloß man, einen Teil der ehemals vom Kolpinghaus übernommenen sowie der aus jüdischem Besitz stammenden Wäsche in Verwahrung zu behalten, bis die Angelegenheit mit den Eigentümern geregelt sei, den anderen Teil jedoch an das Kolpinghaus zurückzugeben.

Ein Gesuch des Verbandes des Gaststätten- und Hotelgewerbes auf Verlegung der Kirchweih in Neckarau vom letzten Sonntag im August auf den ersten Sonntag im September wurde abschließend beschlossen. Der Verband hatte als Begründung angeführt, es würden gleichzeitig noch andere Kirchweihen, so z. B. eine in Sandhofen stattfinden. Das Amt für Öffentliche Ordnung war aber der Auffassung, daß diese das Kirchweihfest in Neckarau nicht beeinträchtigen könnten. Der wahre Grund der Verlegung auf den ersten Sonntag im September sei in der Tatsache zu suchen, daß am Ersten des Monats bekanntlich mehr Geld ausgegeben würde und der Verband damit größere Einnahmen erhoffe. Der Ausschuß schloß sich dieser Stellungnahme an.

Gegen eine weitere Terminverlegung des Kirchweihfestes in Neckarau (zu der die Stadt Mannheim als Nachbargemeinde mit das Recht hat, Stellung zu beziehen) wurden keine Bedenken erhoben. -bü-

Baden-Baden hat „Sorgen“

Baden-Baden. Während die Schlangen der Erwerbslosen jeden Freitag auf ihre kargliche Unterstützung warten und die Arbeitslosen nicht wissen, wovon sie das tägliche Brot für ihre Kinder kaufen sollen, trifft das andere Baden-Baden die letzten Vorbereitungen zur Eröffnung der Kur-Saison. Die Allee und Kuranlagen wurden für die zahlungskräftigen ausländischen Globetrotter, die von den Zinsen ihres Kapitals leben, und für die vielen Währungs- und Kriegsgewinnler, die es in Westdeutschland gibt, wieder instand gesetzt und die Denkmäler, u. a. auch das Denkmal Kaiser Wilhelms I., des sogenannten „Traditionskurgastes“, wurden gereinigt. Nach Mitteilung der Spielbank konnte diese seit ihrer Eröffnung am 1. April 30 000 Besucher zählen. Als nächstes größeres Ereignis der Baden-Badener Kur-Saison wird nun am 24. Juni die diesjährige „Miß Germany“ von einem sich zerstreuen Publikum gewählt.

Kampf gegen soziales Unrecht ist unaufschiebbar

Poster haben endgültig genug von der Brüningschen Notverordnung

Stuttgart. (WS). Seit über zwei Jahren steht die Deutsche Postgewerkschaft mit den zuständigen Bonner Stellen in Verhandlungen über die Beseitigung der seit 1930 einbehaltenen Brüningschen sechsprozentigen Gehaltskürzung für die Postbeamten. Jetzt ist die Geduld der Postler erschöpft. Nachdem sie festgestellt haben, daß die Bonner Millionärsregierung garnicht daran denkt, das an den Postlern begangene Unrecht wieder gutzumachen, hat jetzt der erste Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft in Hamburg eine Urabstimmung über den Streik gefordert. Er hat damit die Zustimmung aller bei der Post Beschäftigten gefunden.

Am 18. und 19. Juni 1950 tagte in Berlin der Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft. Der geschäftsführende Vorstand

Man kann uns verleumden, man kann uns verfolgen — unseren Friedenswillen aber kann keiner zerbrechen!

hat beschlossen, diesem zu empfehlen, alle Vertrauensleute der Deutschen Postgewerkschaft in den Betrieben und Verwaltungen der Westzonen aufzufordern, Vorbereitungen zur Durchführung einer Urabstimmung über die Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel zur Beseitigung der Gehaltskürzung in die Wege zu leiten. Angesichts der entschlossenen Haltung der Postler, die nicht länger bereit sind, sich von den Bonner Stellen nasführen zu lassen, wird der Hauptvorstand nicht umhin können, der geforderten Urabstimmung seine Zustimmung zu geben.

Es ist deshalb notwendig, daß sich alle Postler für den zu erwartenden Kampf rüsten. Es wird wichtig sein, daß wir aus anderen Ländern auch aus Württemberg-Baden dem Hauptvorstand Entschlossenheiten zugehen, die den Kampfeswillen der Postler zum Ausdruck bringen und den Hauptvorstand veranlassen, im Sinne der geforderten Urabstimmung zu handeln.

Unter der Anklage des Meineids

Das Gericht sprach den Angeklagten mangels Beweisen frei

Mannheim. Es werde nirgends so viel gelogen, als wenn es um Sittlichkeitsdelikte gehe, meinte der Staatsanwalt, da hier meist im fraglichen Moment kein Dritter anwesend sei. Für das Gericht war es bestimmt nicht leicht, herauszufinden, wem, dem Angeklagten, oder der Hauptbelastungszeugin, deren Renomé keineswegs das beste war, man hätte Glauben schenken sollen.

Man munkelte von Besatzungssoldaten und ähnlichem, und als die Zeugin schließlich von einem Deutschen geschwängert wurde, kann man es diesem nachfühlen, wenn er sich zur Anerkennung seines Kindes erst nach einwandfreier Feststellung seiner Vaterschaft bereit erklärte.

Zu jenem Zeitpunkt war es, als sich die Hauptbelastungszeugin mit einem Dritten, dem Angeklagten, in, nach ihrer Aussage „intimere Beziehungen“ einließ. Vielleicht wollte sie, da sie Grund hatte, zu befürchten, dem wirklichen Vater würde der väterliche Bekennernut fehlen, einen zweiten Ehepartner zur Hand haben. Nachgewiesen werden konnte ihr jedoch nichts. Auch nicht, ob die angeblichen intimen Beziehungen mit dem Angeklagten, die dieser auf energischste damals eidlich bestritt, den Tatsachen entsprachen oder nicht. Der Staatsanwalt war allerdings der Ansicht, daß der noch recht jugendliche Angeklagte kein derartiges „Pflänzchen rühr nicht an“ gewesen sein könne, um mehrmals mit seiner damaligen Freundin nächtliche Promenaden zu unternehmen, ohne daß es, trotzdem ihn seine Begleiterin in ziemlich drastischer Weise „animiert“ habe, zu mehr als einem leichten Geplänkel gekommen sei. Die Zeugin habe keinen Grund gehabt, in dem damals stattgefundenen Unterhaltsprozeß den Angeklagten unter Eid als ihren zweiten Liebhaber zu bezeichnen. Andererseits genöß der Angeklagte im Gegensatz zur Zeugin, einen guten Leumund. Es war ihm ebenfalls nicht nachzuweisen, daß er, aus Furcht in den Vaterschaftsprozess verwickelt zu werden, jegliche näheren Beziehungen zu der Zeugin hätte „eidlich“ leugnen sollen.

Das Gericht hielt sich an den Grundsatz: „Im Zweifelsfalle für den Angeklagten“ und sprach diesen mangels Beweisen frei.

Die Moral von der Geschichte? Vater werden ist nicht schwer. Vater sein dagegen sehr, sagt der Volksmund.

Heute aber im Zeitalter der niedrigen Löhne, der gestiegenen Lebensunterhaltungskosten und vor allem der Arbeitslosigkeit, kann man derartige Prozesse, die häufig in den Gerichtssälen anzutreffen sind, nur zu gut verstehen und aus diesen Zeitumständen selbst erklären. -bü-

Der Kulturzerfall in den Vereinigten Staaten

Von Joseph North, Neuyork

Die kapitalistische Tagespresse der Vereinigten Staaten macht gegenwärtig viel Geld mit einer Welle von Sexualverbrechen. Hearst, der Vater der Skandalpresse, hat seinen Berichterstatter befohlen, ganze Serien von Artikeln über Sexualverbrechen zu schreiben. Die ehemals liberale „New York Post“ wetteifert mit Hearst; sie halten einen Tag, an dem nicht ein ganzer Katalog von Vergewaltigungen, Unzucht, Ehebruch, Jugendkriminalität veröffentlicht wird, für einen verlorenen Tag. Den Millionen Zeitungslesern wird löffeltweise ein wüster Haufen solcher Nachrichten eingetrichtert, natürlich unter der Maske der öffentlichen Beunruhigung über diese sozialen Phänomene.

In gewissen anderen Ländern werden schmutzige Postkarten heimlich an Straßenecken verkauft; bei uns in den USA verkauft man schmutzige Zeitungen und Magazine ganz offen an den Zeitungsständen. Jeder journalistische Anfänger weiß, wie die Redaktionen diese „Wellen von Verbrechen“ herstellen. Der Redakteur des lokalen Teils kann jeden beliebigen Tag sechs oder sieben Geschichten aneinanderreihen, was er auch oft tut, um eine sensationelle „Welle von Verbrechen“, eine „Jugendkriminalitätswelle“

oder eine „Vergewaltigungswelle“ herzustellen. Daß die Sexualverbrechen zugenommen haben und die Moral unserer Nation gesunken ist, ist eigentlich nur natürlich und zu erwarten, wenn man berücksichtigt, wie die Dinge bei uns laufen. Lenin hat vor langer Zeit gesagt: „Ausschweifungen im Sexualleben sind bourgeois und ein Zeichen des Verfalls.“ Da die kapitalistische Wirtschaftsordnung zerfällt, werden von ihren Krankheiten nur allzu viele angesteckt.

Die Krankheit des Hitler-Kodex steckte an, was noch an Anständigen und Gesunden aus der Weimarer Republik geblieben war. Die höchsten Beamten des Nazismus waren Homosexuelle. Julius Streichers infame Zeitung war tonangebend und sexuelle Verworfenheit wurde die Norm. Da unsere Politik die Nazis immer mehr nachhafft, kann man sich dann noch wundern, wenn sie die nationalen Sitten schädigt?

Der Kapitalismus führt seine sogenannte „Zivilisation“ überall dort ein, wo er dazu die Möglichkeit hat. Marx schrieb einmal: „In einem Wort, erschafft eine Welt nach seinem eigenen Bilde.“ Welche Ermutigung erhält die angeborene Anständigkeit, wenn man uns täglich von früh bis spät erzählt,

daß die höchste Ethik darin besteht, den größten Teil der Menschheit durch die Atombombe auszurotten; daß „wir die Welt verschlingen können“, wie ein „Erzieher“ der Columbia-Universität es kürzlich ausdrückte. Vor einiger Zeit wurde ich beauftragt, eine Serie von Artikeln über eine Verbrecherbande von Jugendlichen zu schreiben, die sich im Red-Hook-Bezirk von Brooklyn (Neuyork) herumtrieb. Ein Sechzehnjähriger war von einem Jugendlichen einer anderen Bande angesprochen und getötet worden. Die kapitalistische Presse hatte diese Geschichte wüst aufgemacht und aber tausend Lesern die Groschen aus der Tasche gezogen, indem sie den Vorfalle bis in die letzten grauisigen Einzelheiten veröffentlichte.

Der Junge, um den es sich hier handelt, war einzig das traurige Produkt unserer vielgerühmten „amerikanischen Lebensweise“. Seine tägliche Lektüre waren, wie seine Mutter mir sagte, die Bilderbogenbücher; „Superman“ war sein Held. Zweimal wöchentlich ging er in das schmutzige Kino in der Nachbarstraße. Ich ging dort vorbei und sah mir die Plakate vor dem Kino an. Ein maskierter Gangster schoß sich einen Weg durch eine Menschenmenge hindurch, wobei er sein Mädchen in einem Arm hielt, während er mit dem anderen sein Gewehr bediente. Für die folgende Woche war ein antisowjetischer Spionagefilm mit Mord und allem, was dazugehört, angezeigt.

„Wenn er nachts nach Hause kam“, sagte seine Mutter mit tonloser Stimme, „schaltete er das Radio immer auf die Programme mit gespenstischen Mordgeschichten ein, die mir das Blut kalt über den Rücken laufen ließen.“

Die Bande, zu der der Junge gehörte, hatte ein „Klubhaus“ in einer verlassenem Brauerei, wo ihre Mitglieder in den dunklen Winkeln das Sexualleben kennenlernten.

Der Abdruck widerlicher Sexualszenen ist heute an der Tagesordnung in unserer Presse. Früher las man über Micawbers täglichen Kampf mit der Armut; heute beschreiben „angesehene“ Zeitungen „ausführlich“, „Vertikale Prostitution“, ein Machwerk, das von Studenten des Vassar-College verfaßt ist. Und „Editor and Publisher“, das Blatt der Zeitungs- und Buchverleger, sehen es als eine erstklassige Quelle an, eine „soziologische Studie“ usw. Denn, obwohl sie das nicht zugeben werden: Geschäft ist Geschäft, und es läßt sich dabei nach dem Vorbild des Verkäufers von Schutzpostkarten, viel verdienen.

Auf diese Weise wird der Zerfall unserer Kultur beschleunigt. Es gereicht unserem Volke zur Ehre, daß die Dinge nicht noch viel schlechter stehen. Es gibt in unserem Volke eine mächtige Gegenströmung der Anständigkeit, besonders unter der werktätigen Bevölkerung, die der „Moral“ der Oberschicht in bemerkenswertem Maße widersteht.

Unser Nationalheld ist noch immer Abraham Lincoln und nicht J. P. Morgan der Ältere, der an die gegen die Sklaverei kämpfenden Armeen unbrauchbare Waffen auslieh und sich so eines der größten Vermögen der Welt zusammenraffte. Trotzdem unterwirft die Presse täglich und stündlich die gesunden Wurzeln unseres Volkes. Nachrichten über Mord- und Sexualverbrechen wetteifern mit Atombomben-Politik um Platz.

Das ist die Welt des Monopolkapitalismus. Aber dort, wo die Arbeiterklasse an der Macht ist, in der Sowjetunion, erhebt sich die Kultur zu einer noch nie dagewesenen Größe. Selbst Mark Slonim von den „New York Times“ kann Tatsachen nicht wegleugnen. „Die Sowjetunion“ schreibt er, „ist heute das führende europäische Land in der Buchproduktion. Vergangenes Jahr hat sie nahezu 40 000 Titel herausgebracht mit einer Gesamtauflage von 800 000 Büchern.“

Der Friede kann nicht erbetet, er muß erkämpft werden

„Wer als Christ ein Freund des Friedens ist, der darf von diesem Frieden nicht nur reden und für ihn beten, sondern er muß auch für ihn unter Einsatz aller Kräfte durch praktische Arbeit wirken, d. h., er muß für ihn kämpfen. Die großen Vorbilder des wahren Christentums haben nicht nur von ihren Aufgaben gesprochen, sondern sie haben auch um ihre Verwirklichung gekämpft.“

Diese Worte schrieb das Mitglied der CDU Gerold Rummeler, in einem Leitartikel der „Altenburger Nachrichten“.

Kulturschaffende für den Frieden

Wir dürfen kein höriges Werkzeug in den Händen derjenigen sein, die uns für ihre schmutzigen Kriegsvorbereitungsziele ausnutzen wollen. Wir müssen auf die Drohung der Kriegshetze mit einer Einheitsfront im Kampf für den Frieden antworten.

Louis Daquin, franz. Filmregisseur

Die Kulturschaffenden, die der Meinung sind, daß man in unseren Tagen außerhalb des Kampfes für den Frieden bleiben und mit gleichgültigen Augen auf den unerbittlichen Strom des Lebens blicken können, der an ihnen vorbeifließt — verraten ihr eigenes Schicksal.

Guillen, kubanischer Schriftsteller

Amerikanisches

Die Universität in Chicago hat offiziell bekanntgegeben, daß zwei ihrer Zoologen die Entdeckung gemacht haben, daß Fische am liebsten Wasser trinken.

Die Baltimore- und Ohio-Eisenbahngesellschaft hat sich entschlossen, musikalische Pfeifen an den Lokomotiven anzubringen, weil „es eine Menge nervöser Amerikaner gibt, die beim Schillen der modernen Diesellokomotive erschreckt zusammenfahren.“

Mein Spaß mit dem Bärchen / Von Iwan Aramilew

Ich wuchs in einer entlegenen Gegend des Ural auf, wo es viele wilde Tiere gibt. Nicht selten geschah es, daß Bären Kühe und Pferde rissen. Neugierige Vielfraße gerieten gelegentlich „aus Versehen“ in das Dorf. Füchse stahlen, ungeachtet der vielen Hunde, die Hühner aus den Ställen. Elche erschienen häufig auf der Wiese unter den Kuhherden, und oft kam es zwischen ihnen und dem Bullen zu ersten Auseinandersetzungen.

Schon als Halbwüchsiger ging ich auf Jagd. Aber aus Angst vor der Begegnung mit größeren Tieren beschränkte ich mich auf die nahe Umgebung des Dorfes, wo ich Eichhörnchen und Haselhühner schoß. Auch war mein Gewehr nicht zur Jagd auf größere Tiere geeignet. Es war eine abgenutzte einläufige Flinte kleinen Kalibers, zu deren Inventar noch ein Ladestock gehörte. Meist versagte sie, oft verzögerte sich der Schuß.

Einmal ruhte ich an einem Waldpfad auf einem Baumstumpf aus. Plötzlich kugelte aus dem Wald, nur dreißig Schritt von mir entfernt, ein kleines Bärchen heraus. Rund, lockig, noch nicht mal ein Jahr alt.

Ein russisches Sprichwort sagt: „Einem richtigen Tierfänger läuft das Tier entgegen.“ Aber ich war nicht einmal in der Lage, das Bärchen mit dem Vogelschrot aus meiner nervenschwachen Muskete zu töten. Trotz alledem schoß ich. Warum? Nun einfach so: Es kam mir in den Sinn, einen Spaß mit dem Bärchen zu treiben, war ich doch selber noch fast ein Kind. Wenn man das Bärenleben mit dem Menschenleben vergleicht, so waren der kleine Meister, Petz, und ich etwa gleich alt. Warum sollte man da keinen Spaß machen?

Zwei, drei Schrotkörnern hatten wahrscheinlich das Ziel getroffen. Das Bärchen fing sich an zu drehen und zu winseln. Auf den Schuß und das Weinen ihres Sohnes hin schnaufte aus dem Dickicht die Mama heraus, erfaßte sofort die Lage und stürzte auf mich los. Ich warf die Muskete fort und sauste mit der Geschwindigkeit einer Katze auf einen Baum, obwohl mir bekannt war, daß Bären sehr gut klettern können. Mein Ende schien unvermeidlich herbeizukommen.

Doch aus irgendeinem unerklärlichen Grunde kletterte die Bärin nicht hinter mir her. Sie richtete sich auf, umfaßte mit den Vorderextremitäten die junge Tanne, auf der ich saß, und begann sie zu schütteln. Das Bäumchen schwankte hin und her, bereit, jeden Augenblick umzustürzen. Mir drehte es sich im Kopf. Das Herz klopfte, als ob es jeden Augenblick aus der Brust herauspringen wollte. Aber meine Hände um-

klammerten mit aller Kraft die harzige Tannenspitze und ließen sie nicht los. Auf dem Weg saß das Bärchen und weinte. Die Mama drehte ihm den Kopf zu und brummte aufgeregt: „Sei ruhig! Siehst du nicht, wie ich schüttele? Ich werde diesen Taugenichts schon herunterholen und ihm die Rippen brechen.“

Das kleine Petzchen heulte langgezogen: „Zerbrich ihm anständig die Knochen, Mama! Wieso schließt er denn mit Schrot? Was ist das für eine neue Mode, kleine Bärchen zu erschrecken?“

Die Bärin brummte zurück: „Ich breche sie ihm, Petzchen. Ich werde es ihm schon zeigen!“

Und sie hätte sie mir gebrochen, wenn ich nicht durch unsere Nachbarn erlöst worden wäre. Sie hatten in der Taiga Vogelbeeren gesammelt und kamen mit sechs Pferden den Pfad entlang. Die Männer redeten laut, die Pferde hatten die Bären gewittert und wieherten. Die Bärin lauschte, grunzte unwillig und verschwand im Gebüsch, hinter ihr, drollig hin und her wackelnd, das Petzchen.

Ich kletterte vom Baum herunter und erzählte den Männern — nichts. Solcher „Heldentat“ rühmen sich die Jäger nicht gern, auch die jungen nicht.

Von diesem Tage an wurde ich Irgendwo älter und, ich glaube, auch klüger. Begegnete mir in der Taiga irgendwo ein junges Tier, so wußte ich: Irgendwo in der Nähe ist auch die Mama, und sie liebt keine Späße.

Der enttäuschte Dickens

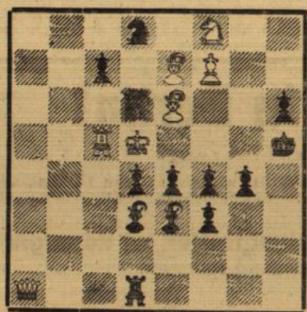
Der Staatsverlag der UdSSR gibt eine Neuauflage des Skizzenbuches über Amerika von Charles Dickens in russischer Sprache heraus.

Als Dickens 1842 eine Reise nach Amerika machte, glaubte er, dort ein menschlicheres und gerechteres politisches System zu finden als in England. — Er sah schändliche Rassendiskriminierung der Neger und Indier und den großen Raschenschmutz der amerikanischen Bourgeoisie. „Ich bin enttäuscht“, schrieb er, „ich finde eine Presse, die niedriger steht, inhaltloser und dümmere ist als in einem beliebigen mir bekannten anderen Lande.“

Die Vogelnere als Barometer

Die Vogelnere kündigt heiteres Wetter an, wenn gegen 9 Uhr morgens die Blüten hochstehen und die Blätter bis Mittag entfaltet bleiben; sie weist jedoch auf Regen hin, wenn die Blüten geschlossen bleiben und die Blätter herunterhängen.

Problem Nr. 46 Inedit



Matt in 2 Zügen

Kontrollstellung: Weiß: Kd5, Da1, Te5, Le6, e7, Sf8, Bf7 (7). Schwarz: Kf5, Td1, Ld3, e3, Sd8, Bc7, d4, e4, f3, f4, g4, f6 (12).

Lösung zur Aufgabe Nr. 45: 1. Kd6!, Kf7, 2. Kd7, Kg7, 3. Ke8, Kf8, 4. Kf7 matt.

Die Aufgabe stand im Zeichen des Boxkampfes Walcott — ten Hoff. Auch hier standen sich die beiden Weiß- und Schwarz-Matadore gegenüber und lieferten sich einen hartnäckigen Kampf, wobei allerdings Schwarz an den Seilen in die Ecke mußte, um dabei den k.o.-Schlag zu empfangen.

Karlsruhe badischer Schachmannschaftsmeister

Am Sonntag, den 4. Juni 1950 holte sich Karlsruhe beim Mannheimer Schachklub 1910 mit 6½:1½ Punkten die bad. Schachmannschaftsmeisterschaft. Damit hat Mannheim 1910 den Verbleib in der Oberliga verwirkt und steigt ab. Durlich sicherte sich

einen Handel mit dir abschließen. Du meinst wohl, daß der Blättertabak „Kentucky“ in Amerika an der Küste herumliegt und man soviel davon nehmen kann, wie man will? Man muß Dollars dafür bezahlen.

Altit hörte nicht zu und überlegte nur wieviel Tabak er noch brauchte.

„Altit weiß sehr gut, daß der Tabak an euren Ufern wächst wie das Gras in unseren Tälern. Viel Tabak wächst dort. Ich weiß das. Charlie hat es mir gesagt ... Da, nimm noch zwei Füchse für einen zweiten Ballen!“

Ein zweiter Ballen wurde herbeigeschleppt. Der Tausch für vier Felle war beendet. Der Kapitän sah entsetzt auf die Felle. Es waren vielleicht tausend oder gar mehr. Wie lange würde dieses Geschäft mit dem Wilden dauern? Ueberdies war es auch ganz klar, daß nicht genug Waren auf dem Schoner lagen, wenn der Handel in dieser Art fortgesetzt wurde.

Altit legte einen Ballen über den anderen und setzte sich darauf. Tabak, da war er, sein Tabak! Der scharfe Duft kitzelte seine Nüstern. Altit trennte eine Ecke des Ballens auf und zog ein Blatt heraus. Er stopfte seine Pfeife mit dem frischen Tabak, seufzte erleichtert auf und rauchte lächelnd. Dann riß er noch ein Paar Füchse herunter und sagte: „Für Plattentabak! Dann werde ich sehen, vielleicht nehme ich noch Blätter.“

Unsere Schachcke

durch den Sieg gegen Feudenheim mit 5,3 Punkten den dritten Platz.

Verbandsspiele — Gruppe B

Der diesjährige Tabellenstand von 1949/50

Spiele	Punkte gewonnen	verloren
Waldhof II	14	44½
Weinheim	10	32½
Mannheim 1910 II	7	29
Feudenheim	7	28½
Pfingstberg	6	26
1865 II	5	24½
Seckenheim	5	20
Neckarau	2	19

Spiele	Punkte gewonnen	verloren
1865 V	12	36½
Sandhofen I	11	32½
Viernheim I	10	33½
Hemsbach I	8	36
Ladenburg I	5	28½
Schönau I	5	26½
Käfertal I	3	17½
Heddesheim I	2	13

Spiele	Punkte gewonnen	verloren
Sandhofen II	9	28
Waldhof IV	9	26½
1865	5	21½
Waldhof V	3	16½
Käfertal II	2	17½
Schönau II	2	10
Edingen II und Lampertheim II		ausgeschied.

Blindingspieler

Es ist am Schachbrett öffentlich eingerichtet, mit offenen Augen spielen manche „blind“. Sie wähen stets den Gegner schon vernichtet.

„Wir brauchen keine Hilfe! Wir werden die Fracht selber hinunterschleppen!“ brüllte er und packte zwei Kisten auf einmal.

„El, el! Der Kapitän muß selber zu packen. Wie schade! Nun wird sicher ein anderer Schoner zu mir kommen und im Norden wirst du schlecht tauschen. Du wirst die Waren zurücknehmen müssen nach Amerika.“

Altit lief dem Kapitän hüpfend nach und drückte ihm weiter sein Mitgefühl aus: „Bei den Jägern im Norden findest du keine Füchse. Wenn sie welche hatten, so hängen die jetzt bei mir. Aber macht nichts. Fahr nur zu ihnen und sieh selbst! Vielleicht haben sie schwarze Sommerfüchse für dich gefangen.“

Kapitän Brown fuhr bei diesem Gespräch auf und ließ Altit schweigen. Altit kehrte in seinen Speicher zurück.

Am Ufer begegnete der Kapitän Waamtscho und dem alten Waal. Um Altit zu ärgern, kaufte Kapitän Brown Waamtscho die gleichen Felle ab, von denen Altit gesprochen hatte.

„Waamtscho, du hast drei Füchse. Willst du zwei Ballen Tabak? Ich gebe sie dir dafür.“

Waamtscho sah den Kapitän erstaunt an, und der alte Waal sagte lächelnd: „Weshalb soviel für uns? Waamtscho ist kein Händler. In unserem ganzen Leben können wir nicht zwei Ballen Tabak zu Ende rauchen.“

Jim hatte aber schon alles im Boot verstaut, und kaum waren die Amerikaner vom Ufer abgestoßen, als sie Altit rufen hörten: „Wartet, wartet!“ schrie er.

Die Amerikaner legten wieder an. Sie glaubten sich ihres Sieges sicher. Atemlos kam Altit herbei und zog einen Hermelinball aus dem Brustlatz: „Da, nimm dieses Fell! Ich habe doch ein Blatt aus deinem Tabakballen geraucht.“

Schweigend stieß Mr. Brown das Boot ab und entfernte sich vom Ufer.

Der „Polar Bear“ machte eine scharfe Wendung und hielt Kurs auf Nordkap zu. Altit kletterte auf seinen Turm und sah dem Schoner so lange nach, bis er seinen Blicken entschwand.

dieweil sie selbst am Rand des Abgrunds sind. Ein glänzendes Matt hat ich jüngst auserlesen, so feine, wie Morphy's kaum eronnen hat. Schon rief ich: „Siegt!“ — Es war so schön gewesen!

Im schönsten Jubel ward ich plötzlich matt. Viel Truppen hatten Schwarz und Weiß verloren, im jüngsten Kampf, es schien remis zu sein, als letzte Hoffnung hatte ich erkoren im Endspiel noch ein freies Bürgerlein. Zur Dame wollte ich recht schlau es spielen, und schließlich ließ der Feind es auch hinein, doch nur, daß er ein Patt noch konnt erzielen.

Versöhn! Verspielt! Es hat nicht sollen sein! Da merkt ich erst, was mir im Schachspiel fehlte, wie sehr ich in der Theorie war schwach, und weil nach Wissen dürstete die Seele, griff ich zu Bilgurs Riesenswerk vom Schach. Nachdem ich mondalang studiert, gelesen, ließ ich mich stolz im Schachverein wohl schau'n.

Kein Zweifel, daß ich Sieger dort gewesen — Gott behüt — ich würd' erst recht verhaun!

Auflösung unseres letzten Rätsels

Waagrecht: 1. Alasio, 6. ppa, 9. Soltau, 10. Goal, 11. Train, 12. Pirna, 13. Die, 14. Aintab, 16. Snina, 18. Oma, 20. Stint, 22. Eis, 24. Atout, 26. Tetela, 28. Mas, 30. Trafo, 31. Sunan, 33. irre, 34. Soltau, 35. Nes, 36. keltorn.

Senkrecht: 1. Ast, 2. Lord, 3. Alias, 4. Stiens, 5. San, 6. Porto, 7. Panama, 8. Alabama, 10. Gin, 12. Piano, 14. Anita, 15. Stettin, 17. Italo, 19. Sierra, 21. Tumult, 23. Stars, 25. Tante, 29. Saar, 31. Sol, 32. nun.



Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN

Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

40. Fortsetzung

„Doch, ich bin, dumm. Wir sind alle dumm. Ich kann nicht auf einmal tauschen. Ich habe sie ja auch nicht alle auf einmal gekauft, meist nur je einen Schwanz. Wir werden immer ein wenig tauschen.“

„Du bist verrückt geworden, Altit! Wenn wir so tauschen, sitze ich hier eine ganze Woche. Es kommt Eis, und mein Schoner sitzt fest.“

„Nein, er wird nicht festsitzen. Ich weiß doch, daß vorläufig noch kein Eis kommt. Ich weiß sehr gut Bescheid darüber. Warte einmal, ich laufe mal schnell und sehe nach dem Himmel, und dann sage ich es dir ganz genau.“

„Du brauchst nicht nachzusehen“, sagte der Kapitän aufgebracht.

„Also gut, dann sehe ich nicht nach. Also gebt mir für zwei Füchse Tabak! Nur Tabak!“

„Oho! Du hast ja ganz vergessen, wie man tauscht, wenn du für ein Paar Füchse nur eine Sorte Waren willst! Hast du an dieser Küste schon je gesehen, daß man so tauscht? Auch in Amerika macht man das nicht so.“

Vergeblicher Appell an die Gutgläubigkeit

Der Abwurf von Kartoffelkäfern aus Flugzeugen erscheint jedem anständigen Menschen als eine Ungeheuerlichkeit, die zu glauben er ohne weiteres gar nicht imstande ist.

Seit dem Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin hat sich aber die Zahl der Unbefangenen noch etwas vermindert. Für die westdeutschen Rückkehrer besteht kein Zweifel mehr darüber, daß mit den allerniederträchtigsten Methoden versucht wird, die Entwicklung in der DDR zu sabotieren.

Insofern war das Pfingsttreffen eine weitere Niederlage auch für jene Glossenschreiber, die mit der Gutgläubigkeit ihrer Mitmenschen ein schmutziges Geschäft besorgen wollen.

Auch in Karlsruhe herrscht Wassernot. Karlsruhe. (Iwb). Die Stadtverwaltung Karlsruhe hat die Bevölkerung in einem Aufruf gebeten, jede nicht unbedingt notwendige Wasserentnahme zu unterlassen.

Die anhaltende Trockenheit macht sich in der Stadt Karlsruhe besonders bemerkbar, da die städtischen Werke vor Fertigstellung der im Bau befindlichen Erweiterung des Wasserwerkes nicht in der Lage sind, den außergewöhnlichen Wassermehrbedarf zu decken.

Wieder schwerer Autounfall auf der Autobahnstrecke Karlsruhe-Bruchsal. Karlsruhe. (Iwb). Auf der Autobahn zwischen Karlsruhe und Bruchsal ereignete sich am Sonntag Abend ein schwerer Verkehrsunfall, der ein Todesopfer und drei Verletzte forderte.

Verstärkt den Kampf für Frieden und Einheit

Aufruf des Landesvorstandes der FDJ an alle Mitglieder und Teilnehmer des Deutschlandtreffens der Jugend

Der Landesvorstand Württemberg-Baden der Freien Deutschen Jugend hat an alle Mitglieder und alle Teilnehmer am Deutschlandtreffen der Jugend einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt:

Tausend junge Friedenskämpfer aus Württemberg-Baden haben gemeinsam mit 30 000 Freunden aus Westdeutschland zu Pfingsten 1950 die Zonengrenzen überwunden und am großen Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin teilgenommen.

Tausend Jungen und Mädchen aus Württemberg-Baden haben in Berlin ein unzertrennliches Band mit der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik geknüpft. Sie wissen jetzt, daß dort eine friedliebende Jugend voll Begeisterung ein neues, schönes und glückliches Leben errichtet, in dem jeder junge Mensch alle seine Fähigkeiten im Dienste unseres Volkes voll entfalten kann.

Tausend Jungen und Mädchen aus Württemberg-Baden sind zurückgekehrt als überzeugte und entschlossene Kämpfer für die friedliebende, einige Deutsche Demokratische Republik, als Verfechter der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Volke.

Tausend Jungen und Mädchen aus Württemberg-Baden werden in diesem Geiste und Bewußtsein an die Arbeit gehen. Wir rufen ihnen zu:

Verstärkt den Kampf gegen die Kriegstreiber und ihre Kriegsvorbereitungen! Sammelt Unterschriften für den Frieden!

Schafft die Aktionseinheit der friedliebenden Jugend aller Anschauungen! Bildet Aktionsgemeinschaften der Jugend!

Arbeitet mit in der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands. Kämpft für eine einige deutsche demokratische Republik!

Stärkt und festigt die Reihen der Freien Deutschen Jugend, des größten Verbandes der deutschen Jugend!

Kämpft mit der Freien Deutschen Jugend für die Rechte der Jugend, für ein besseres Leben!

Vorwärts mit der Jugend der Welt! Vorwärts für die Einheit der deutschen Jugend!

Gerichtliches Nachspiel der „Carlton-Bar“-Pleite

Eineinhalb Jahre Gefängnis für den ehemaligen Barbesitzer

Heidelberg. Es war Ende Dezember 1948, als in Heidelberg die „Carlton-Bar“, wie so viele ihrer Gattungen, eröffnet wurde und es hat nur wenige Monate gedauert, bis sie wieder pleite war.

Im Juni vergangenen Jahres war über das Vermögen von Hirsch ein Konkursverfahren eröffnet worden und wenige Tage später hatte H. versucht, ein Kraftfutterwerk in Mannheim, das ihm ebenfalls gehörte, durch einen Scheinverkauf an seinen Schwiegervater vor den Gläubigern zu retten.

Bankrott vor der großen Strafkammer des Heidelberger Landgerichtes zu verantworten.

Im Prozeß konnten ihm wissentliche Hinterziehung seiner Gläubiger, falsche Buchführung und übermäßige Bargeld- und Sächtenahmen aus dem Barbetrieb für persönliche Zwecke nachgewiesen werden.

22 000 DM Versicherungsgelder unterschlagen

Karlsruhe. (Iwb) Die Karlsruher Strafkammer verurteilte dieser Tage einen 37-jährigen Kaufmann aus Dortmund wegen Unterschlagung zu 21 Monaten Gefängnis und 1000 DM Geldstrafe.

Nachdem die Gesellschaft die Unterschlagung aufgedeckt hatte, verpflichtete sich der Angeklagte, für den Betrag aufzukommen. Er stellte der Firma einen Lastkraftwagen, einen Personwagen und Bücher im Gesamtwert von 25 000 DM zur Verfügung.

Aus dem Parteileben

Veranstaltungen der KPD Kreis Mannheim

Innenstadt-West, Wohngebietsgruppe Innenstadt, Mittwoch, 14. Juni, 20 Uhr im Lokal „Stadt Heilbronn“ (Fertig), Holzstraße 19 Funktionärsitzung.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe. Karlsruhe Südwest: Donnerstag, 15. 6., 20 Uhr im „Sternen“ Mitgliederversammlung. Thema: Bericht über das Pfingsttreffen der Jugend in Berlin.

TERMINE DER FDJ

Kreis Mannheim. Mittwoch, 14. 6., 20 Uhr Kreisvorstandssitzung.

„Don Pasquale“

Neuinszenierung im Badischen Staatstheater

Karlsruhe. Donizettis komische Oper wurde nach langer Pause im Badischen Staatstheater wiederbelebt. Georg Philipp gelang eine Inszenierung aus einem Guß, die das Publikum ohne störende Zwischenpausen an Handlung und Situationen fesselte.

Lebensvoll und zülig wirkte das Spiel, gefällig und zündend die Musik. Ein Beweis dafür, daß opera buffa und comique dem heutigen Spielplan noch lange erhalten bleiben werden.

Nationaltheater Mannheim

Am Freitag, dem 16. Juni, 19 Uhr, werden Schillers „Räuber“ in der Inszenierung von Richard Dornseiff zum letzten Mal gegeben.

Unter vorgehaltener Pistole beraubt

Ulm. (Iwb). In der Nacht zum Samstag wurde ein Arbeiter, der sich mit dem Fahrrad auf der Fahrt von Ulm nach Ebingen befand, in der Nähe von Einsingen überfallen und beraubt.

Wir waren in Berlin!

Mannheimer Bevölkerung!

Über dieses Thema spricht am kommenden Donnerstag, den 15. Juni, abends 20 Uhr, der Landesvorsitzende der Freien Deutschen Jugend, Heinz Musolf, in einer

Großkundgebung zum Deutschlandtreffen im Rosengarten. Die gesamte Mannheimer Bevölkerung ist herzlich eingeladen.

Freie Deutsche Jugend Kreis Mannheim

Die Dresdener Eiterbeule ist geplatzt

Die „Sippenflucht“ einer verkappten Fußball-Profimannschaft

Bei der DS-Oberliga in der Deutschen Demokratischen Republik war die Mannschaft Dresden-Friedrichstadt (Dresdener Sportclub) die einzige sogenannte „private“ Mannschaft neben den Sport-Betriebsgemeinschaften aus Zwickau, Leipzig, Dessau, usw.

Die Dresdener Mannschaft war so naiv, zu verlangen, daß sie einfach in Westberlin unter der alten Dresdener Firma ihren Laden wieder aufmachen darf, um an den Segnungen und Einnahmen des Vertrags-Berufsspielerturns, das nunmehr auch für Westberlin eingeführt wurde, teilnehmen zu können.

ball-Profis Milch und Honig fließt, hat zur Belohnung den Trainerposten bei Hertha-BSC erhalten. Der Vorsitzende dieses westberliner Vereins begegnete dem Einwand, daß sein Verein soviel neue Spieler ja garnicht gebrauchen könne, mit den bezeichnenden Worten: „Es kommt bei der Verpflichtung der Dresdener Spieler nicht in erster Linie auf ihre sportliche Betätigung an, sondern es muß versucht werden, den entwurzelten Menschen eine Existenz zu schaffen.“

Dazu wäre zu sagen, daß die Dresdener Spieler ihre Existenz für sich und ihre Familie in Dresden hatten und daß sie in unverantwortlicher Weise diese Existenz aufs Spiel gesetzt haben. Wie lange Hertha-BSC sich zwei komplette erste Mannschaften halten kann, wird sich ja bald zeigen und besonders für die älteren Dresdener Spieler mit Familien wird sehr bald die Zeit kommen, wo sie nicht mehr auf der Höhe sind und von jüngeren, besseren Kräften verdrängt werden.

Augenblicklich sollen die Dresdener aber noch bei einem großen Zirkus mitwirken, bei dem nicht nur Geld für ihren Lebensunterhalt sondern auch noch politisch Kapital herausgeschunden werden soll.

Um die Vergebung von Fußball-Großveranstaltungen. Der 1927 zwischen dem deutschen Städtebund und dem Deutschen Fußballbund (DFB) zustande gekommene Vertrag über die Vergebung städtischer Sportanlagen bei Fußball-Großveranstaltungen soll auf Anregung der Arbeitsgemeinschaft deutscher Sportämter auf neuer Grundlage abgeschlossen werden.

Wieder Ausschuß für Sport und Leibesübungen

Der Hauptausschuß des deutschen Städtebundes hat beschlossen, wieder einen Ausschuß für Sport und Leibesübungen zu bilden, dem die Aufgabe zufällt, für die Städte Richtlinien der kommunalen Sportveranstaltungen auszuarbeiten und die Förderung der Leibesübungen durch die Städte möglichst zu vereinheitlichen.

Deutscher Hochschulstraßenmeister über eine 110 Kilometer lange Strecke „Rund um den Odenwald“ wurde Sigmund Schlünz (TH Darmstadt) in 3:25 Stunden vor Groß (UNI Köln) mit 3:27 Stunden und Heidehardt (TH Darmstadt) mit 3:28:50 Stunden.

Todessturz beim 15. Eifelrennen

Die Zuschauermenge, die beim 15. Eifelrennen auf dem Nürburgring die Tribünen und die Rennstrecke umsäumte, wurde auf 200 000 geschätzt. An den Rennen beteiligt waren 82 Solofahrer, 22 Gespanne, 35 Konkurrenten in den Sportwagen-Klassen und 25 Teilnehmer bei den Rennwagen.

125 ccm Kompressor-Klasse. In der 125-ccm-Klasse erreichte H. P. Müller mit einem Stundenmittel von 96,4 Stkm. einen neuen Streckenrekord und gewann mit großem Vorsprung vor Ried, Königswinter, auf DKW-Kompressor (43,48,4 Min.) und dem ersten Saugmotorenfahrer Felgenheier (Niederlahnstein, 44,43,8 Minuten).

Wünsche siegt in der 350 ccm-Klasse. Heiner Fleischmann übernahm vom Start weg die Spitze des mit 21 Fahrern besetzten Feldes und steigerte seinen Vorsprung bis zur vorletzten Runde, als er wegen Benzinmangel ausschied.

(Ingolstadt) auf DKW-Kompressor 1:12.46,6 Stunden = 112,7 Stkm.; 2. Aldinger (Stuttgart) auf Sauggasmotor (Velocette) 1:14.22,6 Stunden; 3. Knees (Göttingen) auf AJS 1:16.16,8 Std.

Meier vor Fleischmann bei den 500 ccm. Das Hauptinteresse konzentrierte sich bei den 500-ccm-Maschinen auf Georg Meier und Fleischman. Meier und Krauß setzten sich vor Fleischmann, der mit den beiden Münchnern nicht Schritt zu halten vermochte.

Rekorde bei den Beiwagen. Das NSU-Gespann Böhm-Fuchs erreichte in der Klasse bis 600 ccm mit 51,11 Min. = 106,9 Stkm. einen neuen Klassenrekord vor Klankermeier-Wolz auf BMW (51,33,3 Minuten). In der Klasse bis 1200 ccm gewannen Schäfer-Höller (München) auf BMW in 53,38,8 Minuten = 102,1 Stkm. vor Seppenhauser-Wenzhofer (München) auf BMW 54,21,8 Min. = 100,6 Stkm.

In der Rennwagenklasse entwickelte sich ein ungemein spannendes Rennen, wobei Komassa auf Skampolo sich als schneller erwies wie der von Lehder gesteuerte englische Cooperwagen. Komassa siegte schließlich mit 1:06,55,7 Stunden (102,2 Stkm.) vor Lehder (Neu-Isenburg) 1:07,54,5 Stunden.

Zurück:

Kurt Saueressig

staatl. gepr. Dentist Mannheim, Jungbuschstraße 13 Telefon 500 20

Sprechzeit: Mo., Di., Do., u. Freitag 9 - 18.30 durchgehend Mittwochs 9 - 12

Sams tags nur nach Vereinbarung

Zu allen Krankenkassen zugelassen

Drucksachen

liefert rasch und preiswert

Rhein-Druck

G. m. b. H.

Mannheim S 3, 10



LEIPZIGER MESSE

im Herbst 1950 der zentrale internationale Markt für Fertigwaren 27. AUG.-1. SEPT.

Auskünfte erteilt die zuständige Industrie- u. Handelskammer oder die Handwerkskammer

Berücksichtigt

unsere Inserenten

FILMTHEATER Mannheim. ALSTER: Das grandiose Farbfilm-Kunstwerk POLONAISE. CAPITOL: Straße ohne Namen. PALAST: Arizona. KURBEL: Gabriele Dambrone. STADT ANATOL.